

Geschäftsbericht 2016

Kanton Solothurn

Amt für Finanzen
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
Telefax 032 627 22 71
www.so.ch
afin@fd.so.ch



Der andere Blickwinkel
Fotos: Markus Daepfen, Solothurn

Inhalt

I	Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III	Finanzieller Überblick	21
1.	Ratsstatistik und Allgemeines	4	1.	Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2.	Besondere Parlamentsrechte	5	1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2016	23
3.	Ratsleitung	5	1.1.1	Erfolgsrechnung	23
			1.1.2	Investitionsrechnung	24
II	Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2015 und Rechnung 2016	24
1.	Allgemeines	8	1.2.1	Erfolgsrechnung	24
2.	Regierungsgeschäfte	8	1.2.2	Investitionsrechnung	25
3.	Anlässe/Aussprachen	13	1.3	Finanzkennzahlen 2012 – 2016	26
4.	Information der Öffentlichkeit	14	1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
5.	Nordwestschweizer Regierungskonferenz	15	1.4.1	Erfolgsrechnung	30
6.	Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	16	1.4.2	Investitionsrechnung	36
7.	Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz	16	1.5	Globalbudgets	38
8.	Politische Rechte	17	1.6	Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen	39
			2.	Rahmenbedingungen	40
			3.	Die grössten Aufwandpositionen	42
			3.1	Besoldungskosten	42
			3.1.1	Pensenübersicht	44
			3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	46
			3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	46
			3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	47
			3.3.1	Nettoverschuldung	47
			3.3.2	Nettozinsaufwand	48
			3.4	Abschreibungen	48
			3.4.1	Verwaltungsvermögen	48
			3.4.2	Finanzvermögen	49
			3.5	Strassenbaufonds	50
			3.6	Gesundheitskosten	51
			3.7	Soziale Sicherheit	52
			4.	Die grössten Ertragspositionen	56
			4.1	Bundesanteile	56
			4.2	Staatssteuerertrag	57
			4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	58
			4.3	Nebensteuern	59
			IV	Bericht der Revisionsstelle	61

Editorial



L'Etat, c'est quoi?

Sie haben sich nicht im Jahrhundert geirrt. Die unhinterfragbare Machtausübung ohne politische Mitwirkung und ohne Rechenschaft ist Geschichte. Die Zeit des Absolutismus («L'Etat, c'est moi!») endete bekanntlich in den Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts. Heute wird der Staat ganz genau angeschaut und hinterfragt. Gut so! Deshalb halten Sie einen umfangreichen Rechenschaftsbericht des Kantonsrates und der Regierung für das Jahr 2016 in den Händen.

Dieser Rechenschaftsbericht beantwortet allerdings die Titelfrage nicht vollständig. Er gibt nur darüber Auskunft, wie der Kanton seine Aufgaben 2016 erledigt hat. Ob er z.B. die richtigen Aufgaben erfüllt, sagt ein Rechenschaftsbericht nicht. «L'Etat, c'est quoi?» muss deshalb durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in der demokratischen Auseinandersetzung immer wieder neu ausgehandelt und entschieden werden. Digitalisierung und soziale Medien mögen dabei helfen. Wer aber meint, die Titelfrage lasse sich per Tweet beantworten, hat sich vielleicht im Jahrhundert geirrt.

Das Geschäftsjahr 2016 des Kantons Solothurn setzt die positiven Anzeichen des Vorjahres fort. Nicht mehr und nicht weniger und immerhin. Es schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 7 Mio. Franken deutlich besser ab als budgetiert wurde. Zu diesem Ergebnis haben massgeblich die Mehrerträge bei den Staatssteuern und die höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank beigetragen. Während der Umbau des Museums Altes Zeughaus sowie der Neubau Berufsbildungszentrum Solothurn abgeschlossen werden konnten, schreiten die Arbeiten am Neubau Bürgerspital Solothurn planmässig voran. Die Indikatoren in den Globalbudgets sind wichtige Bestandteile des Rechenschaftsberichtes. Positiv hervorzuheben ist, dass diese Indikatoren im Geschäftsjahr 2016 überwiegend erfüllt wurden. Es wurde hart gearbeitet, um zu erreichen, was man versprochen hatte.

L'Etat, c'est quoi? «Der Kanton» besteht nicht allein aus einem Zahlenkranz und abgearbeiteten Indikatoren. Nur das wird jedoch im Rechenschaftsbericht dargestellt. «Der Kanton» besteht darüber hinaus aus vielen wichtigen Selbstverständlichkeiten, die es unbedingt zu erhalten gilt. Dazu gehört die Selbstverständlichkeit der Chancengerechtigkeit beim Zugang zur Bildung genauso wie der Schutz der Menschenwürde. Die Selbstverständlichkeit einer möglichst freien Gestaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Selbstverständlichkeit der Selbstverantwortung und der Solidarität. Die Summe dieser Selbstverständlichkeiten macht diesen Staat aus und beantwortet die Titelfrage.

Dr. Remo Ankli
Landammann





Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Albert Studer, SVP, Unternehmer, Hägendorf, präsiert.

Ratsstatistik	2014	2015	2016
– KR-Sessionen	7	7	7
– Anzahl Sitzungshalbtage	21	18	18
Behandelte KR-Geschäfte	195	180	208
– Sachgeschäfte	39	41	36
– Rechtsetzende Erlasse	27	8	10
– Wahlgeschäfte	12	13	22
– Verordnungsvetos	1	1	-
– Volksinitiativen	-	-	1
– Volksaufträge	-	-	3
– Beschwerden	1	-	-
– Petitionen	1	-	-
– Parlamentarische Initiativen	-	-	-
– Begnadigungen	-	1	1
– Aufträge	44	37	48
– Interpellationen	52	50	64
– Kleine Anfragen	18	29	23
Neu eingereichte Vorstösse	111	118	127
– Volksaufträge	3	-	11
– Planungsbeschlüsse	-	-	-
– Parlamentarische Initiativen	-	-	-
– Aufträge	34	44	35
– Interpellationen	54	42	59
– Kleine Anfragen	20	32	22
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	58	60	58
– Ratsleitung	7	10	12
– Finanzkommission	12	11	10
– Geschäftsprüfungskommission	8	10	7
– Justizkommission	7	6	7
– Bildungs- und Kulturkommission	9	8	6
– Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	6	9	7
– Sozial- und Gesundheitskommission	8	5	8
– Redaktionskommission ¹	1	1	1
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen, interkantonale Gremien etc.)	255	243	240



Im Berichtsjahr waren folgende sieben Mutationen zu verzeichnen: Am 26. Januar Jacqueline Ehrsam, SVP, Gempfen (anstelle von Christian Imark) sowie Peter Kyburz, CVP, Obergösgen (anstelle von Bernadette Rickenbacher) sowie Hans Marti, SVP, Biberist (anstelle von Colette Adam); am 8. März Marco Lupi, FDP, Solothurn (anstelle von Alexander Kohli); am 28. Juni Jonas Hufschmid, CVP, Olten (anstelle von Karen Grossmann); am 8. November Markus Spielmann, FDP, Starrkirch-Wil (anstelle von Claude Belart) sowie Pascal Walter, CVP, Solothurn (anstelle von Urs Allemann).

2. Besondere Parlamentsrechte

– Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 13 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen keine wurde das Veto ergriffen. Von der Gerichtsverwaltungskommission bzw. vom Obergericht wurden 2 Verordnungsänderungen unterbreitet; das Veto wurde ebenfalls nicht ergriffen.

– Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 74 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 12 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Mit Datum vom 26. Januar 2016 hat die Ratsleitung zum Auftrag Edgar Kupper (CVP, Laupersdorf) «Reduktion Redezeit bei Interpellationen» Stellung genommen (A173/2015), der den Rat in eigener Sache betraf. Ferner beschäftigte sich die Ratsleitung mit der Nachfolgeregelung für den 2017 vorzeitig in den Ruhestand abtretenden Ratssekretär Fritz Brechbühl; der Kantonsrat wählte in der August-Session auf Antrag der Ratsleitung Dr. Michael Strelbel, Politologe, Dietikon, als neuen Ratssekretär für die Amtsperiode 2017–2021.

Im Berichtsjahr besuchte die Ratsleitung als Gast des Landrats des Kantons Glarus die Landsgemeinde in Glarus und empfing das Büro des Landrats des Kantons Glarus zu einem Gegenbesuch in Solothurn.





Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2016 von Landammann Roland FÜRST geleitet. 2016 wurden an 40 Sitzungen 2'244 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Im Zentrum der regierungsrätlichen Tätigkeiten standen im Jahre 2016 Fragen der Infrastruktur, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und asylpolitische Vollzugsfragen.

Trotz des anhaltenden starken Frankens verlief die Wirtschaftsentwicklung im Kanton Solothurn insgesamt zufriedenstellend. Dies, aber auch eine hohe Budgetdisziplin innerhalb der Verwaltung führte dazu, dass sich der Staatshaushalt in eine positive Richtung entwickeln konnte. Zudem machten sich die mit dem 2014 vom Kantonsrat verabschiedeten Massnahmenplan eingeleiteten Massnahmen positiv bemerkbar.

2016 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat folgende Gesetzgebungsprojekte zur Beratung vor:

- Totalrevision des Gebührentarifs (GT)
- Änderung des Gesetzes über Kulturförderung (Veselbständigung des Museums Altes Zeughaus)
- Teilrevision der Ausweisverordnung und der EAuV
- Änderung des Sozialgesetzes; Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien; definitive Einführung
- Übertragung des Eigentums an den Spitalimmobilien auf die Solothurner Spitäler AG (soH)
- Änderung des Spitalgesetzes (SpiG)
- Steuerungsgrössen im Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden für das Jahr 2017 (FILAG EG)
- 1. Totalrevision des Jagdgesetzes (JaG) sowie Änderung des Fischereigesetzes (FIG); 2. Änderung des Gebührentarifs (GT)
- Teilrevision des Einführungsgesetzes über die BVG- und Stiftungsaufsicht (EG Stiftungsaufsicht)
- BVG- und Stiftungsaufsicht; Vereinbarung zwischen den Kantonen Aargau und Solothurn; Variantenentscheid
- Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR); 2. Wahlgang: Versand Propagandamaterial, Rückzug und Ersatzvorschläge
- Teilrevision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz)
- Aufhebung des Gesetzes über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven



Mit 83 Prozent Ja-Stimmen wurde am 28. Februar 2016 der Verpflichtungskredit für das Projekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aare, angenommen. Bereits am 8. April 2016 fiel der Startschuss für die Bauarbeiten. Das Projekt wird den Hochwasserschutz entlang der Emme auch auf den letzten 4,8 km sicherstellen. Dazu wird die Abflusskapazität der Emme mit Aufweitungen des Flussbettes, mit Seitengerinnen und Überflutungsflächen vergrössert und Schutzbauten im Uferbereich erstellt. Die Massnahmen gewährleisten, dass bei einem Hochwasser, das durchschnittlich nur einmal in 100 Jahren auftritt, keine Schäden auftreten. Mit dem Projekt werden zugleich die Erholungswerte der Flusslandschaft für die Bevölkerung gesteigert und die Gewässerlebensräume aufgewertet. Die Bruttoinvestitionen belaufen sich auf 73,6 Mio. Franken, wobei sich der Bund mit insgesamt 36 Mio. Franken beteiligt.

Nachdem im Herbst 2015 der Träger des Hans Roth'schen Ehrenkleides, Eduard Roth-Hasler, verstarb, musste das Ehrenamt zur Wiederbesetzung ausgeschrieben werden. Mit der Wahl des 65-jährigen Hanspeter Roth aus Langendorf zum 63. Ehrenkleidträger kann diese Tradition weitergeführt werden. Dem Ehrenkleidträger wird ein Ehrenkleid und eine symbolische Ehrenpension verliehen. Dies aus Dankbarkeit gegenüber jenem Hans Roth, welcher die Stadt Solothurn 1382 vor dem drohenden Überfall der Kyburger gewarnt und damit gerettet hat.

Trotz der Ende 2015 eröffneten Asylunterkunft im Kurhaus Balmberg blieb die Unterbringungssituation im Asylwesen zu Jahresbeginn angespannt. Angesichts der weiterhin hohen Zuweisungszahlen und zur Entlastung der bestehenden Asylunterkünfte mussten in Grenchen und Gretzenbach zwei weitere Unterkünfte realisiert werden. In Grenchen nahm der Kanton dafür sein Nutzungsrecht an der geschützten Operationsstelle beim ehemaligen Spital in Anspruch. In Gretzenbach entschied der Gemeinderat, die Zivilschutzanlage Täli dem Kanton mietweise zur Verfügung zu stellen. Mit der Einrichtung der zusätzlichen Asylunterkünfte wurden die betroffenen Sozialregionen und Standortgemeinden beim ordentlichen Aufnahmesoll entlastet, eine zusätzliche finanzielle Belastung fiel bei den Gemeinden nicht an.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Integration primär durch Bildung und Spracherwerb gelingt, hat der Regierungsrat ab Sommer 2016 ein neues, speziell auf die Bedürfnisse junger Flüchtlinge konzipiertes Integrationsjahr an den Berufsbildungszentren in Olten und Solothurn geschaffen. Das Integrationsjahr wird vorerst als zeitlich befristeter Schulversuch für zwei Jahre angeboten. Ziel der Jahreskurse ist, die Potentiale der jungen Erwachsenen mit ihrem speziellen Hintergrund zu erkennen und sie an die Berufsbildung heranzuführen. Im Zentrum stehen dabei die Förderung des Spracherwerbes und die soziale Integration. Eine geregelte, mit Coaching ergänzte Schultagesstruktur soll die Basis für eine Integration in das Leben in der Schweiz legen.

Die Integration von ausländischen Einwohnern soll mit der Einführung des vorgängig in einer Pilotphase erprobten Konzepts «start.integration» verstärkt werden. Integration ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kanton und Gemeinden. Mit der Einführung des Konzepts sollen die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner rasch mit den Wohnsitzgemeinden in Kontakt gebracht werden. Diese informieren die Neuzugezogenen über Lebensbedingungen, Integrationsangebote sowie Rechte und Pflichten in unserem Land. Im Bereich Fördern stellen die Gemeinden die nötigen Angebote zur Verfügung, wobei die Integrationsbemühungen seitens der Behörden auch eingefordert werden können. Das Konzept «start.integration» soll schrittweise eingeführt werden, eine flächendeckende Umsetzung ist ab 2018 geplant.

Die Verpflichtung, die ehemaligen Stadtmistdeponien in Solothurn zu sanieren, beschäftigte den Regierungsrat auch im Berichtsjahr weiterhin. Im Rahmen des Submissionsverfahrens wurde im Frühjahr den vorqualifizierten Totalunternehmern eine Testsanierung ermöglicht. Mit der Materialentnahme wurden die Materialzusammensetzung, die Triagierbarkeit sowie die geeignetsten Entsorgungswege untersucht. Die Untersuchungsergebnisse bildeten zudem die Grundlagen für die Offertstellung zur Sanierung. Die Ende Jahr eingereichten Offerten für eine Totalsanierung zeigten auf, dass diese mit rund 60 Prozent tieferen Kosten als bisher befürchtet möglich ist. Die Kostenschätzungen für eine Totalsanierung aller Deponien belaufen sich auf gesamthaft 120 Mio. Franken. Sowohl für Stadt und Kanton Solothurn ist eine Teilsanierung keine anzustrebende Lösung. Massgeblich von Interesse ist für den noch ausstehenden Variantenentscheid die Beurteilung des Bundes über die Notwendigkeit einer Vollsanieung. Nur in diesem Fall beteiligt sich dieser mit 40 Prozent an den anfallenden Sanierungskosten.



Im engen Zusammenhang mit der Sanierung des Solothurner Stadtmistes stand die Frage der Realisierbarkeit des «Projektes Wasserstadt Solothurn». Ein bei alt Bundesrichter Heinz Aemisegger in Auftrag gegebenes Gutachten kam zum Schluss, dass aufgrund zu hoher raumplanungsrechtlicher Hürden, ungeachtet der Lösung der notwendigen Sanierung der Deponien, das städtebauliche Projekt nicht realisiert werden kann. Zusätzlich stehen einer Umsetzung auch Bestimmungen des Natur- und Heimatschutzgesetzes (Schutzzone Witi) und des Gewässerschutzgesetzes (zusätzlicher Aarelauf) entgegen. Die Veröffentlichung des Gutachtens stiess auf ein grosses Interesse in der Öffentlichkeit, bei den Initianten des Projekts nicht unverständlich verbunden mit einer grosser Enttäuschung.

Im Berichtsjahr legte der Regierungsrat dem Kantonsrat zwei Immobiliengeschäfte vor, die beide genehmigt wurden. Mit der für die Sanierung der 2012 gekauften Liegenschaft «Rosengarten» in Solothurn genehmigten 15 Mio. Franken kann der Kanton Solothurn künftig neu Teile der Verwaltung in eigenen Räumen unterbringen. Das Vorhaben sieht vor, das Gebäude aus dem Jahr 1964 bau- und energietechnisch zu sanieren. Zudem soll es für die räumlichen Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung angepasst werden. Mit der Sanierung der Gebäudehülle und der Bausubstanz sollen längerfristig Einsparungen im Energiebereich und eine Reduktion der Umweltbelastung erzielt werden. Mit der zentralen Lage und der Nähe zum öffentlichen Verkehr entsteht im Rosengarten ein idealer Verwaltungsstandort. In Grenchen erwarb der Kanton die zum Kauf stehende Liegenschaft Marktplatz 22. Auch damit wird die räumliche Organisation der kantonalen Verwaltung optimiert und wiederkehrende Kosten werden gesenkt. Zudem soll die Anzahl Mietliegenschaften zu Gunsten von Eigentum reduziert werden.

Der Kantonsrat genehmigte zudem einen Kredit von 4,2 Mio. Franken zur Ersetzung und Sanierung von Ökonomiegebäuden am Bildungszentrum Wallierhof. Der Wallierhof soll damit auch künftig seinen Leistungsauftrag als moderner Landwirtschafts- und Bildungsstandort uneingeschränkt erfüllen können.

Das durch die Aufhebung der Strafanstalt Schöngrün freigewordene Areal im Umfang von 44'000m² wurde im Rahmen eines öffentlichen Bieterverfahrens an die AXA Winterthur verkauft. Gestützt auf den bereits genehmigten Gestaltungsplan werden in den nächsten Jahren rund 130 Wohneinheiten an bester Lage realisiert. Die Wohnüberbauung soll qualitativ hochwertig im Minergie-Standard erstellt und an das Fernwärmenetz der Stadt Solothurn angeschlossen werden.

Im Kanton Solothurn erhalten einkommensschwache Familien seit dem 1. Januar 2010 Ergänzungsleistungen (FamEL). Diese Ergänzungsleistungen waren vorerst auf 4 Jahre beschränkt. Die positiven Resultate führten zu einer Verlängerung der Pilotphase. Der Kantonsrat folgte nun dem Antrag des Regierungsrates, das sozialpolitische Instrument der FamEL definitiv einzuführen.

Die bislang von der Solothurner Spitäler AG (soH) mietweise benutzten, sich im Kantonseigentum befindlichen Spitalimmobilien im Wert von 531 Mio. Franken werden in drei Etappen – 2017, 2020 und 2023 – an die soH übergeben werden. Dabei sollen die Immobilien als Sacheinlage gegen Erhöhung des Aktienkapitals und das Land mittels Baurechtsverträgen übertragen werden. Damit soll das Eigenkapital der soH sowie ihre unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Selbständigkeit gestärkt werden.

Das seit 28 Jahren geltende Jagdgesetz wurde einer Totalrevision unterzogen. Nicht nur die Veränderung der rechtlichen, jagdlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch die Revisionen des Bundesrechtes machten diesen Schritt notwendig. Allein die neueste Revision des Jagdverordnungs des Bundes brachte in den Bereichen Jagdausübung, Waffenrecht und Tierschutz viele Änderungen, welche die Kantone umsetzen mussten. Mit dem neuen Jagdgesetz soll die Artenvielfalt der einheimischen Wildtiere und ihrer Lebensräume erhalten bleiben. Weiter wird mit dem neuen Gesetz erreicht, dass die Lebensräume der Wildtiere durch intakte Wildtierkorridore vernetzt sind, dass die Jagd weiterhin in Form des Reviersystems ausgeübt werden kann und dass die nachhaltige Nutzung der Wildtierbestände durch die Jagd erhalten bleibt. Ebenfalls neu geregelt wurde die Frage der Entschädigung von Wildschäden.

Verkehr und Siedlungsentwicklung besser aufeinander abstimmen und der anhaltenden Zersiedelung Einhalt gebieten. Dies sind die Hauptziele der Agglomerationsprogramme Solothurn und AareLand, die der Regierungsrat zuhanden des Bundes verabschiedet hatte. Die in den Agglomerationsprogrammen enthaltenen Projekte beseitigen die wichtigsten Schwachstellen der Verkehrsinfrastruktur und verbessern damit die Funktionsfähigkeit des Gesamtverkehrs. Im Verbund mit den siedlungs- und landschaftsbezogenen Massnahmen soll eine nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung unterstützt werden. Die Programme der 3. Generation schreiben die bisherigen fort, sie berücksichtigen dabei die revidierte Raumplanungsgesetzgebung und die neuen kantonalen Richtpläne. Das Investitionsvolumen beträgt rund 75 Mio. Franken.

«Gesundheitsregion im Aufbruch» – unter diesem Titel führte die Hauptstadtregion Schweiz in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei am 18. November ihr fünftes Forum in Solothurn durch. Schwerpunktthema war die Hauptstadtregion als Gesundheitsstandort und die wachsende Relevanz der Life Science Branche im nationalen Kontext. Die Medtech-Industrie hat sich in der Hauptstadtregion etabliert und gehört zu den nationalen Taktgebern, jeder dritte Arbeitsplatz in der Medtech-Branche befindet sich in der Hauptstadtregion. An der Veranstaltung wurde unter anderem über die Frage diskutiert, wie die Stärken in der Life Science Industrie noch besser gefördert und diese positive Dynamik weitergeführt werden kann.



3. Anlässe / Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Bättwil, Hofstetten-Flüh, Metzleren-Mariastein, Rodersdorf, Witterswil, Bärschwil, Beinwil, Breitenbach, Büsserach, Erschwil, Grindel, Kleinlützel, Egerkingen, Härkingen, Kestenholz, Neuendorf, Niederbuchsiten, Oberbuchsiten, Oensingen, Wolfwil, Boningen, Fulenbach, Gunzgen, Hägendorf, Kappel, Rickenbach und Wangen bei Olten.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden sowie dem Obergericht und dem Verband Solothurner Bürgergemeinden und Waldeigentümer statt.

Der Regierungsrat empfing den Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie die ehemalige Staatsschreiber-Stellvertreterin.

Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen sowie an der Kantonsratspräsidentenfeier teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten der Empfang der hohen Offiziere sowie der Bischofsjass.

2016 wurden 21 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Auszeichnungspreise sowie den Sozialpreis.

Anlässlich der Oltner Kabarett-Tage wurden Gäste aus Wirtschaft, Sport, Kunst sowie der Verwaltungsrat der Solothurner Spitäler zu einer gemeinsamen Vorführung eingeladen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Verwaltung wurden Delegationen aus den befreundeten Provinzen der Volksrepublik China empfangen. Aus Anlass des Europatages an der Kantonsschule Solothurn fand ein Treffen mit dem Gesandten der Deutschen Botschaft statt.

Der Regierungsrat empfing die Regierung des Kantons Obwalden und besuchte den Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2015	2016
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	38	40
Anzahl Medienmitteilungen	289	281
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine, Tagungen und Seminare	35	14
Anzahl akkreditierte Medien	65	65

Durchschnittlich wurden täglich rund 15 Medieneuskünfte erteilt und Medienschaaffende mit den richtigen Stellen innerhalb der Verwaltung in Kontakt gebracht.

Das Wichtigste in Worten

Das Jahr 2016 war geprägt von einigen grossen Themen und entsprechender medialer Präsenz.

Mit dem Abschluss des GPK Berichts zu «RR Donnelley – Scanning und Vergabepaxis» im Januar konnte eine Geschichte, die vor allem von der SZ lange und immer wieder «gekocht» worden war, ad acta gelegt werden. Die Medienkonferenz der GPK sowie die MK mit der Stellungnahme des Finanzdepartementes wurden unaufgereggt, sorgfältig und professionell vorbereitet und durchgeführt.

Höhere Wellen warf indes das Rechtsgutachten zur «Wasserstadt Solothurn» im März 2016. Die gemeinsame Kommunikation von Kanton, Stadt und Gutachter gelang zwar sehr gut, die Promotoren der Wasserstadt jedoch reagierten teils sehr ungehalten, was zu entsprechenden medialen Reaktionen führte. Allerdings waren diese bei diesem Thema und dem Verlauf der Geschichte wohl zu erwarten und nicht zu verhindern.

Zwei sehr gefällige, emotionale und publikumswirksame Medienkonferenzen konnten wir im Frühling durchführen. Die eine anfangs April an der Emme in Biberist zum Start der Renaturierungs- und Hochwasserschutzmassnahmen. Die andere im Juni zur Wiedereröffnung des Museums Altes Zeughaus. Das MAZ stellte mit seiner Wiedereröffnung im Juni aber auch während des ganzen Jahres medial alle anderen Solothurner Themen in den Schatten.

Zwei Bildungsthemen konnten wir im August/September sehr gut medial inszenieren. Dies vor allem auch dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem ABMH. Zum einen wurde der Neubau des BBZ in Solothurn glanzvoll eröffnet, mit einem Konzert des Rappers Manillio. Zum andern legte eine sehr gut besuchte Medienkonferenz den Fokus auf die Berufsmaturität.

Der letzte mediale Grossauftritt gehörte – wie der erste des Jahres – dem Finanzdepartement. Die Unternehmenssteuerreform III wurde im Lauf des Jahres auch medial immer mehr zu einem wichtigen Thema. Am 3.11.2016 stellte Finanzdirektor Roland Heim zusammen mit seinen Fachleuten die USR III Strategie des Kantons Solothurn vor. Die Vorbereitung dieser Medienkonferenz erforderte grossen Einsatz und viele Absprachen auf verschiedenen Ebenen. Der Aufwand hat sich auf jeden Fall gelohnt, die Botschaft des Regierungsrates wurde medial verstanden und gut aufgenommen.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die 71. Plenarversammlung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz fand am 3. Juni 2016 unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Esther Gassler in Seewen statt. Die Konferenz befasste sich mit den zwei Schwerpunktthemen «demographische Entwicklung» und «grenzüberschreitende Zusammenarbeit». Die deutliche Zunahme der Anzahl älterer Menschen wird zu einer Verschiebung der Gewichte zwischen den Altersgruppen und somit zu grossen Herausforderungen für die Sozialwerke und die medizinische Versorgung führen. Die Kantonsregierungen der Nordwestschweiz wollen mit einer zukunftsgerichteten Alterspolitik das Potential der Generation 65+ stärker wahrnehmen und die demographische Entwicklung auch als Chance sehen. Die Konferenz strich ferner die Bedeutung und die Notwendigkeit durchlässiger Grenzen am Oberrhein hervor. Eine nachhaltige Entwicklung der Grenzregion Nordwestschweiz ist notwendig, um einen attraktiven, prosperierenden und konkurrenzfähigen Metropolitanraum Basel zu erhalten und auszubauen.

Präsiert wird die NWRK 2015 – 2017 durch die Solothurner Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler.

Der Arbeitsausschuss traf sich zu vier Sitzungen.

6. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Im Berichtsjahr erfolgten Aktivitäten ausschliesslich auf departementaler Ebene bzw. auf Amtsstufe.

7. Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs. 1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).



8. Politische Rechte

8.1. Volkswahlen im 2016

28. Februar Ersatzwahl eines Amtrichters der Amtei Dorneck-Thierstein für den Rest der Amtsperiode 2013–2017 Gewählt wurde Daniel Gschwind (parteilos) mit 7'999 Stimmen. Hannes Häner (CVP) erhielt 4'149 Stimmen.

8.2. Volksinitiativen

24. Juni VI «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21»

8.3. Standesinitiativen

Keine

8.4. Referenden

Keine

8.5. Volksaufträge

8. Januar VA «Angemessene Bildungsmöglichkeiten auch in den Randregionen»
VA «Eigenständiges Fach «Politische Bildung» an allen Solothurner Schulen der Sekundarstufe I»
5. April VA «Einführung eines jährlichen Hegebeitrages für Fischerinnen und Fischer des Kantons Solothurn Fischerinnen ohne Vereinsmitgliedschaft»
12. Juli VA «Für mehr Transparenz in Justiz und Verwaltung des des Kantons Solothurn»
2. August VA «Für mündliche und öffentliche Urteilsfindung an den Gerichten des Kantons Solothurn»
17. Oktober VA «Gleiche Prozesschancen für alle!»
VA «Gleiche Verjährungsfristen für alle!»
18. Oktober VA «Arbeitsplätze sichern»
VA «Kaufkraft der Familien stärken»
VA «Mehr Steuergerechtigkeit»
2. Dezember VA «Ermächtigung der Gemeinden zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene»

8.6. Petitionen

4. Mai Petition «Pro Raubtierpark René Strickler»

8.7. Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen 2016

2016	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
28. Februar	Volksinitiative vom 5. November 2012 «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»	64,0	57'996	54'120
	Volksinitiative vom 28. Dezember 2012 «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»	64,6	49'047	65'021
	Volksinitiative vom 24. März 2014 «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»	63,6	44'438	66'057
	Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über den Strassen- transitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)	64,2	73'857	39'263
5. Juni	Volksinitiative vom 30. Mai 2013 «Pro Service public»	44,8	27'820	50'790
	Volksinitiative vom 4. Oktober 2013 «Für ein bedingungsloses Grund- einkommen»	44,9	16'865	62'611
	Volksinitiative vom 10. März 2014 «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»	44,7	25'345	53'411
	Änderung vom 12. Dezember 2014 des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG)	44,7	43'554	34'058
	Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes (AsylG)	44,8	51'336	27'326
27. November	Volksinitiative vom 16. November 2012 «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»	45,1	31'710	48'621

Kantonale Abstimmung 2016

2016	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
28. Februar	Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aare: Bewilligung eines Verpflichtungskredites	59,8	86'175	17'589



8.8. Kantonale Vernehmlassungen 2016

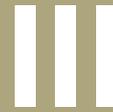
Im Berichtsjahr wurden im Kanton 9 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 2).

Titel	Departement/Amt
Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG)	Soloth. Gebäudeversicherung Abteilung Brandschutz
Teilrevision Strassengesetz	Bau- und Justizdepartement Departementssekretariat
Verselbständigung der Pensionskasse Kanton Solothurn und Erweiterung des Kreises der Versicherten	Finanzdepartement Departementssekretariat
Gesetz über die amtlichen Publikationsorgane (Publikationsgesetz, PuG)	Staatskanzlei Regierungsdienste/Politische Rechte
Teilrevision des Energiegesetzes	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
1. Änderung des Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)	Bau- und Justizdepartement Departementssekretariat
2. Aufhebung der kantonsrätlichen Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds	
Gesetz über die Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen (GBL)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Angebotsplanung 2020 über die stationären Angebote für erwachsene Menschen mit Behinderung	Departement des Innern Amt für soziale Sicherheit
Ausbildungsverpflichtung in Spitälern, Heimen und bei der Spitex; Änderung Spitalgesetz und Sozialgesetz	Departement des Innern Rechtsdienst





Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Seit 2012 wird das neue «Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» für den Rechnungsabschluss des Kantons angewendet.

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	RE15	VA16	RE16
Betrieblicher Aufwand	1'999,8	2'021,8	2'099,4
Betrieblicher Ertrag	-1'984,4	-1'953,5	-2'092,8
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	15,4	68,2	6,6
Finanzaufwand ¹	39,7	34,3	28,6
Finanzertrag ²	-46,5	-68,6	-65,9
Operat. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	8,6	33,9	-30,7
Wertberichtigung Alpiq-Aktien	-	-	6,4
Ausfinanzierung PKSO-Deckungslücke	1'091,6	-	-
Ausfinanzierung PKSO-Ruhegehaltsordnung RR	-	4,0	4,0
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	1'100,3	37,9	-20,3
Abschreibung PKSO-Bilanzfehlbetrag	27,3	27,3	27,3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	1'127,6	65,2	7,0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)			
Ausgaben	132,7	162,2	158,9
Einnahmen	-34,2	-35,2	-32,4
Nettoinvestitionen	98,5	127,0	126,4

Finanzierung (in Mio. Franken)			
Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)	-1'155,2	-91,7	-37,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	63%	28%	71%

¹ Zinsaufwände, Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten

² Zinserträge, Buchgewinne, Dividenden, Mieterträge

Mit einem Aufwandüberschuss von 7,0 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2016 um 58,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit ist sogar um 64,6 Mio. Franken besser ausgefallen als geplant und weist erstmals seit Jahren wieder einen Ertragsüberschuss von 30,7 Mio. Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit um 39,3 Mio. Franken.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2016

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2016 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):		in Mio. Franken
Kantonale Steuern (Staatssteuern NP 33,3 / Staatssteuern JP 15,0 / Nebensteuern 9,2)		57,8
Bundesanteile (Reingewinn SNB 21,4)		22,4
		80,2
<hr/>		
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):		
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5)		25,8
Mittelschulbildung	2,9	
Öffentlicher Verkehr	2,6	
Berufsschulbildung	2,0	
Hochbau	2,0	
Zinsendienst (inkl. PKSO)		6,0
Auflösung Rückstellung Planungsmehrwert Borregaard-Areal		4,7
Schulgelder		2,3
		38,3
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 6 Positionen:		118,5
<hr/>		
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):		
Vermögenserträge		4,3
		4,3
<hr/>		
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):		
Spitalbehandlungen gemäss KVG		29,8
Ergänzungsleistungen AHV/IV		10,6
Sonderschulen		4,9
Prämienverbilligung KVG		4,3
Taggelder Straf-/Massnahmenvollzug		3,9
Behinderungen (inner- und ausserkantonale)		2,7
		56,2
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 7 Positionen:		60,5

Die oben aufgeführten 13 Positionen verursachten eine Verbesserung des operativen Ergebnisses aus der Verwaltungstätigkeit von 58,0 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag (Differenz gesamthaft VA/RE16: 64,6 Mio. Franken).



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Wasserbauten	3,6
Total ergebnisverbessernde Abweichung	3,6

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Bildungs-/Allgemeine Bauten	2,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichung	2,1

Die oben aufgeführten 2 Positionen verursachten tiefere Nettoinvestitionen von 1,5 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag (Differenz gesamthaft VA/RE16: 0,6 Mio. Franken).

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2015 und Rechnung 2016

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2015 und der Rechnung 2016 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Franken
Kantonale Steuern (Staatssteuern NP 26,7 / Staatssteuern JP 6,4)	37,3
Ertrag aus Verkauf Sachanlagen	21,2
Bundesanteile (NFA 29,3 / 50%-Anteil LSVA 6,2 / DBst 3,9 / Verrechnungssteuer -3,0 / Reingewinn SNB -21,5)	14,9
	73,4

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
Volksschule (neuer FILAG EG per 1.1.2016)	21,5
Zinsaufwand PKSO	10,1
Globalbudgets gesamthaft (Kap. 1.5)	8,9
Gesundheitsversorgung	4,8
Öffentlicher Verkehr	2,8
Hochbau	2,4
Justizvollzug	2,1
Polizei (Mehraufwand)	-3,9
Auflösung Rückstellung Planungsmehrwert Borreggaard-Areal	4,7
	45,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 7 Positionen	118,6



Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):

Vermögenserträge	2,5
	2,5

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):

Spitalbehandlungen gemäss KVG	29,2
Staatsbeitrag Finanzausgleich (neuer FILAG EG per 1.1.2016)	16,1
Ergänzungsleistungen AHV/IV	7,9
Prämienverbilligung KVG	7,2
Taggelder Straf-/Massnahmenvollzug	2,7
Musikschulen	2,4
	65,5
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 7 Positionen	68,0

Die oben aufgeführten 14 Positionen verursachten eine Verbesserung des operativen Ergebnisses aus der Verwaltungstätigkeit von 50,6 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2015 (Differenz gesamthaft RE15/16: 39,3 Mio. Franken).

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Öffentlicher Verkehr	3,9
Total ergebnisverbessernde Abweichung	3,9

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Franken
Bildungs-/Allgemeine Bauten	18,0
Spitalbauten	9,6
Kantonsstrassenbauten	3,8
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 3 Positionen	31,4

Die 4 oben aufgeführten Positionen (27,5 Mio. Franken) vermögen 99% der höheren Nettoinvestitionen 2016 von 27,9 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2015 zu erklären.



1.3 Finanzkennzahlen 2012 – 2016

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2012 bis 2016.

Kennzahlen (in Mio. Franken bzw. %)	2012	2013	2014	2015	2016
Operativer Cash Flow	-44,4	0,6	-25,1	62,2	99,8
– Abschreibungen ¹	-61,7	-69,4	-70,2	-70,8	-69,1
Operat. Ergebnis aus Verw.tätigkeit	-106,1	-68,8	-95,3	-8,6	30,7
Wertberichtigung Finanzvermögen ²	-47,5	-10,4	-39,6	-	-6,4
Rückstellung PKSO-Deckungslücke	42,2	-42,2	-	-	-
Ausfinanzierung PKSO-Deckungslücke	-	-	-	-1'091,6	-
Ausfinanz. PKSO Ruhegehaltsordnung RR	-	-	-	-	-4,0
Operatives Ergebnis ER	-111,4	-121,3	-134,9	-1'100,3	20,3
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	-	-	-	-27,3	-27,3
Gesamtergebnis	-111,4	-121,3	-134,9	-1'127,6	-7,0
Nettoinvestitionen	122,8	109,1	87,4	98,5	126,4
Finanzierungsergebnis	-172,6	-161,0	-152,1	-1'155,2	-37,0
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	-41%	-48%	-74%	63%	71%
Gesamtabschreibungssatz	4,4%	4,8%	4,7%	4,7%	4,4%
Nettoverschuldung	456,2	617,1	769,1	1'409,9	1'448,1
Dito, in Franken pro Einwohner	1'760	2'350	2'900	5'260	5'350
Nettozinsaufwand total	1,9	1,8	3,4	28,6	18,7
Dito, in % der Staatssteuern	0,3%	0,2%	0,4%	3,4%	2,2%
Für Defizitbremse relevantes Kapital	414,8	263,3	91,5	21,1	-15,6
EinwohnerInnen per Ende Jahr	259'836	262'965	265'171	267'836	270'711

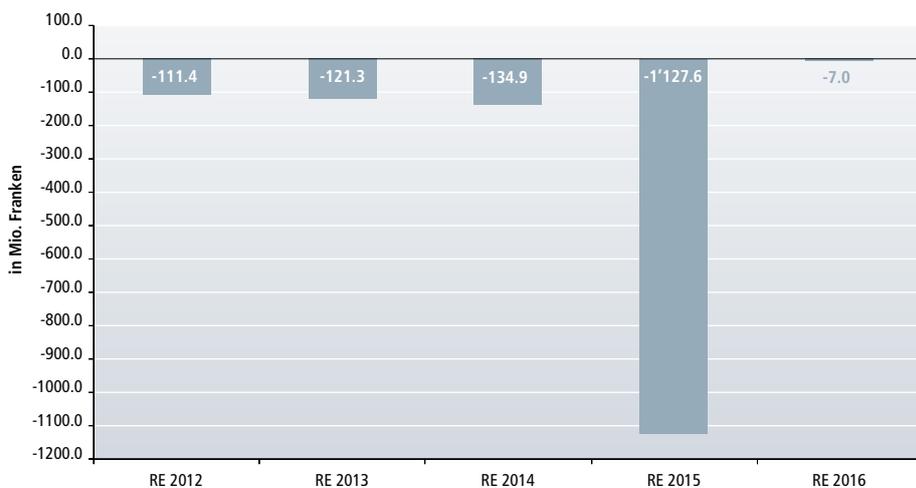
¹ ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO (27,3 Mio. Franken)

² Abwertung der Alpiq-Aktien per 31.12.2012, 31.12.2013, 31.12.2014 und 31.12.2016 infolge von Kursverlusten

Der operative Cash Flow 2016 liegt mit 99,8 Mio. Franken um 37,6 Mio. Franken über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2015: 62,2 Mio. Franken).

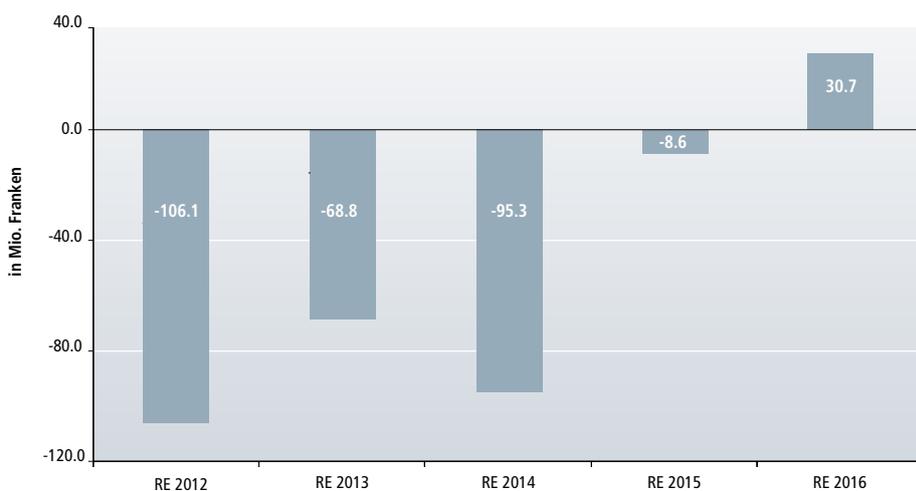


Gesamtergebnis Erfolgsrechnung in Mio. Franken



Die Gesamtrechnung 2016 schliesst mit einem kleinen Aufwandüberschuss von 7,0 Mio. Franken ab. In der Rechnung 2015 ist die einmalige Ausfinanzierung der PKSO-Deckungslücke von 1'091,6 Mio. Franken enthalten.

Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Mio. Franken



Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit weist erstmals seit mehreren Jahren wieder einen Ertragsüberschuss von 30,7 Mio. Franken aus. Die Verbesserung gegenüber den Jahren 2012 – 2014 ist insbesondere auf die Umsetzung der Massnahmenpläne 2013 und 2014 sowie höhere Bundesanteile und Steuererträge zurückzuführen.

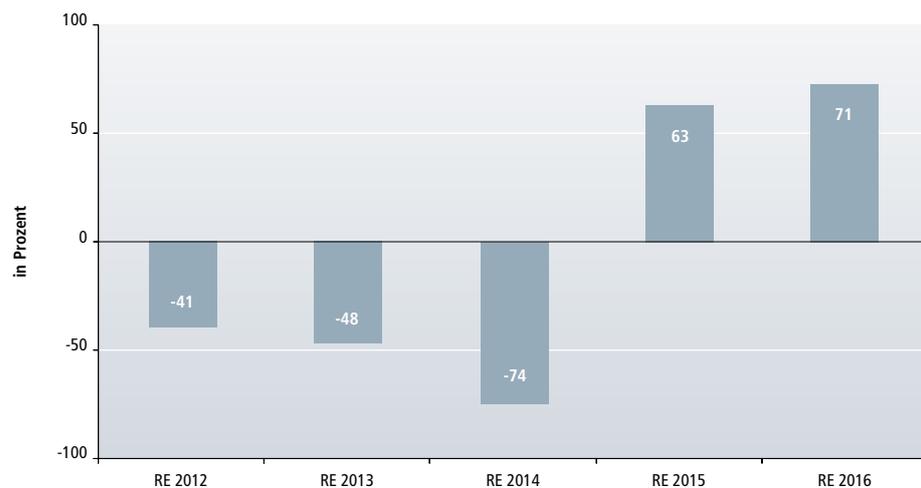


Nettoinvestitionen in Mio. Franken



Mit Nettoinvestitionen von 126,4 Mio. Franken liegt das Investitionsniveau 2016 deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre.

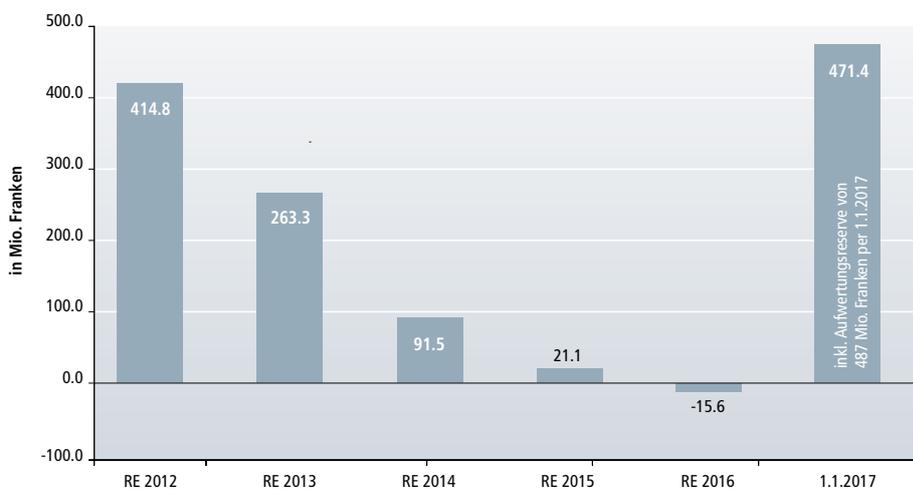
Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



Nach 2015 kann auch 2016 wieder ein positiver operativer Selbstfinanzierungsgrad von 71% ausgewiesen werden. Ein positiver Selbstfinanzierungsgrad bedeutet, dass zumindest die laufenden Konsumausgaben vollständig sowie ein Teil der Investitionen aus den Erträgen finanziert werden können.

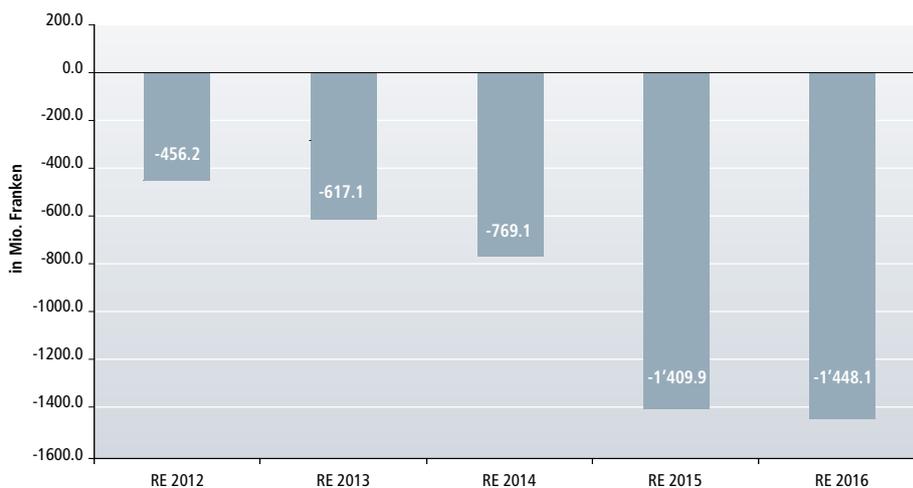


Für Defizitbremse relevantes Kapital in Mio. Franken



Mit der per 1. Januar 2017 frei werdenden Aufwertungsreserve von 487 Mio. Franken beträgt das für die Defizitbremse frei verfügbare Kapital per 1.1.2017 neu 471,4 Mio. Franken.

Nettoverschuldung in Mio. Franken



Der Anstieg der Nettoverschuldung im 2015 ist insbesondere auf die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) zurückzuführen (Stand des Bilanzfehlbetrages Ausfinanzierung PKSO per 31.12.2016: 1'037,1 Mio. Franken).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	5,9	10,0	10,1	0,1
Ertrag	-0,4	-0,3	-0,2	0,1
Verrechnungen	-1,8	-1,9	-0,8	1,1
Saldo	3,7	7,9	9,2	1,3

Die Saldoverschlechterung von 1,3 Mio. Franken ist vollumfänglich auf die im Budget noch nicht berücksichtigten Auswirkungen der neuen, am 1.1.2016 in Kraft getretenen Pensionskassenlösung für den Regierungsrat zurückzuführen. Im Budget bereits berücksichtigt war hingegen die einmalige Ausfinanzierung von 4,0 Mio. Franken für die Übernahme der Ruhegehaltsordnung Regierungsrat durch die Pensionskasse Kanton Solothurn.

Staatskanzlei

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	12,5	13,5	12,5	-1,0
Ertrag	-2,8	-3,1	-2,9	0,2
Verrechnungen	-6,4	-6,7	-6,7	0
Saldo	3,3	3,7	2,9	-0,8

Temporäre Personalvakanzan bzw. ein verzögerter Ausbau der Personalressourcen in den Abteilungen Staatsarchiv, Regierungsdienste und Datenschutz sowie tiefere Ausgaben für die Erstellung kantonaler Drucksachen führten zu einem Minderaufwand von 0,65 Mio. Franken. Zudem stehen einem Minderertrag im Lehrmittelverkauf entsprechende Minderaufwendungen beim Lehrmitteleinkauf gegenüber. Dank eines hohen Umsatzanteils an Produkten im Eigenverlag verbesserte sich hierbei der Nettoaufwand nochmals um 0,15 Mio. Franken



Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	248,9	250,7	249,7	-1,0
Ertrag	-186,0	-198,4	-211,0	-12,6
Verrechnungen	-41,7	-35,8	-35,7	0,1
Saldo	21,2	16,5	3,0	-13,5

Der Rechnungsabschluss des Bau- und Justizdepartements schliesst aufwandseitig beinahe wie geplant ab. Mehrere kleinere Abweichungen in die eine oder andere Richtung heben sich gegenseitig auf.

Wesentlich zu den höheren Erträgen tragen der grössere Fahrzeugbestand mit entsprechend höheren Motorfahrzeugsteuern (1,4 Mio. Franken), der neu nicht mehr mit dem Aufwand verrechnete, sondern als Erlös gebuchte Ertrag aus der Ausgabe von Kontrollschildern (2,1 Mio. Franken), der höher als geplant ausgefallene Ertragsanteil aus der Pauschalen Schwerverkehrsabgabe PSVA (1,0 Mio. Franken), ein Buchgewinn aus veräussertem Finanzvermögen (1,3 Mio. Franken), die Aufwertungen von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen gemäss HRM2 (1,3 Mio. Franken) sowie die mit FABI geänderte Berücksichtigung der Gemeindebeiträge an der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (3,4 Mio. Franken) bei.



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	473,6	462,6	457,9	-4,7
Ertrag	-61,2	-59,2	-63,2	-4,0
Verrechnungen	30,3	30,1	30,3	0,2
Saldo	442,7	433,5	425,0	-8,5

Die Rechnung 2016 schliesst bei einem Gesamtbudget von 433,5 Mio. Franken 8,5 Mio. Franken oder 1,9% unter dem Budget ab. Dieses Ergebnis ist einerseits auf Minderaufwände bei den Schulgeldern, in den Berufsbildungszentren und den Mittelschulen sowie auf Mehrerträge bei den Berufsbildungszentren aufgrund der grösseren Anzahl ausserkantonaler Schüler zurückzuführen.

Gegenüber der Rechnung 2015 liegt der Aufwand um 15,7 Mio. Franken tiefer. Der Grund dafür ist, dass durch Inkrafttreten des Finanz- und Lastenausgleichs EG (FILAG EG) per 1.1.2016 mit Einführung der Schülerpauschale der indirekte Finanzausgleich vom Departement für Bildung und Kultur ins Volkswirtschaftsdepartement transferiert wurde.

Der Ertrag liegt um 2 Mio. Franken höher und ist vorwiegend die Folge der höheren Erträge in den Berufsbildungszentren aufgrund von mehr ausserkantonalen Schülern sowie höherer Beiträge der Gemeinden an das Heilpädagogische Schulzentrum (HPSZ) wegen der grösseren Anzahl Schüler.



Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE15 ¹	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	172,9	165,7	159,5	-6,2
Ertrag	-1'337,4	-1'298,3	-1'379,9	-81,6
Verrechnungen	21,3	13,3	13,5	0,2
Saldo	-1'143,2	-1'119,3	-1'206,9	-87,6

1 exkl. Ausfinanzierung PKS0 (1'091,6 Mio. Franken)

Die grössten Veränderungen beim Ertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich durch Mehrerträge bei den Staatssteuern von 39,9 Mio. Franken, durch die Gewinnausschüttung der Nationalbank von 21,4 Mio. Franken, aber auch durch Mehrerträge bei der Quellensteuer von 4,6 Mio. Franken, bei der Grundstückgewinnsteuer von 2,2 Mio. Franken, bei der Kapitalabfindungssteuer von 3,5 Mio. Franken, bei der Handänderungssteuer von 2,7 Mio. Franken und bei der Nachlass- und Erbschaftssteuer von 4,1 Mio. Franken. Demgegenüber standen Mindererträge beim Dividenden ertrag von 2,9 Mio. Franken und beim Zinsertrag von 1,4 Mio. Franken.

Die grössten Abweichungen beim Aufwand zum Voranschlag stellen die Wertberichtigung der Alpiq-Aktien von 6,4 Mio. Franken und die Bildung von Delkredererückstellungen für Steuern von 3,2 Mio. Franken dar. Dafür ist der Aufwand beim Zinsendienst um 5,0 Mio. Franken tiefer als geplant und die Rückstellung von 4,7 Mio. Franken für den Planungsmehrwert im Zusammenhang mit dem Verkauf des Borregaard-Areals konnte aufgelöst werden. Im Weiteren schlossen die Globalbudgets des Finanzdepartements um 3,5 Mio. Franken besser ab als vorgesehen.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2015 fallen vor allem die Mehreinnahmen beim NFA (29,0 Mio. Franken) und die höheren Steuererträge (34,9 Mio. Franken) ins Gewicht. Demgegenüber war die Gewinnausschüttung der Nationalbank im 2016 tiefer (21,4 Mio. Franken) als im Vorjahr (doppelte Gewinnausschüttung).



Departement des Innern

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	934,9	923,3	1'023,5	100,2
Ertrag	-307,9	-301,2	-346,7	-45,5
Verrechnungen	1,1	2,3	2,1	-0,2
Saldo	628,2	624,4	678,9	54,5

Die Rechnung 2016 liegt um 54,5 Mio. Franken über dem Budget. Hauptgründe sind Mehraufwände im Bereich der Spitalversorgung (Spitalbehandlungen gemäss KVG 29,8 Mio. Franken), bei der Sozialen Sicherheit (IPV 4,3 Mio. Franken, Beiträge für Pflege und Betreuung 4,0 Mio. Franken, Ergänzungsleistungen AHV/IV/Familien 10,8 Mio. Franken) und im Bereich der Öffentlichen Sicherheit (Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug 3,9 Mio. Franken).

Die Rechnung 2016 schliesst um 50,7 Mio. Franken über dem Vorjahr ab. Der Bereich der Spitalversorgung (Spitalbehandlungen gemäss KVG) weist gegenüber dem Vorjahr eine Kostensteigerung von 29,3 Mio. Franken aus (Erhöhung Kantonsanteil 11,0 Mio. Franken, Leistungswachstum Psychiatrie-/Reha 2,0 Mio. Franken, Abgrenzungen 14,0 Mio. Franken). Die Kosten der sozialen Sicherheit stiegen um 18,0 Mio. Franken (IPV 7,2 Mio. Franken, Ergänzungsleistungen AHV/IV/Familien 7,9 Mio. Franken), diejenigen der öffentlichen Sicherheit um 6,8 Mio. Franken (GB Migration 1,1 Mio. Franken, GB Justizvollzug -2,1 Mio. Franken, Kostgelder Straf- und Massnahmenvollzug 2,7 Mio. Franken, GB Polizei 3,8 Mio. Franken, Busseneinnahmen Polizei 1,3 Mio. Franken).



Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	194,3	237,7	227,7	-10,0
Ertrag	-130,5	-156,5	-147,2	9,3
Verrechnungen	-5,4	-4,0	-5,5	-1,5
Saldo	58,4	77,2	75,0	-2,2

Die Ämter des Volkswirtschaftsdepartements sind hauptsächlich mit der Umsetzung von Bundesrecht betraut. Der Leistungsumfang der Ämter wird weitgehend durch den Bund bestimmt und grösstenteils auch finanziert.

Das bessere Ergebnis der laufenden Rechnung gegenüber dem Budget ergibt sich aufgrund der besseren Ergebnisse der meisten Globalbudgets und Finanzgrössen.

Die Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert und erzielt einen Aufwandüberschuss von 0,04 Mio. Franken. Der Kantonsbeitrag an den Vollzug der Arbeitslosenversicherung (AVIG-Beitrag) fällt für 2016 um 0,7 Mio. Franken höher aus als geplant. Das Globalbudget Energiefachstelle schliesst um 0,8 Mio. Franken besser ab als vorgesehen. Dies im Wesentlichen, weil weniger Gesuche eingegangen sind und die Rückstellung für hängige Gesuche gesenkt werden konnte. Weiter wurde von der Energiefachstelle auch auf den budgetierten Anteil an den Wasserkonzessionen von 1,3 Mio. Franken verzichtet.

Grössere Differenzen ergaben sich bei den für das Volkswirtschaftsdepartement saldoneutralen Durchlaufposten bei den Direktzahlungen in der Landwirtschaft (1,5 Mio. Franken) und in der Energiefachstelle (Gebäudeprogramm Teil A, 4,6 Mio. Franken).

Gerichte

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Aufwand	23,7	23,9	24,9	1,0
Ertrag	-4,8	-5,3	-7,6	-2,3
Verrechnungen	2,6	2,6	2,6	0
Saldo	21,5	21,2	19,9	-1,3

Auf der Kostenseite ist ein Sonderaufwand von 0,8 Mio. Franken für die Erhöhung des Delkredere auf 25% des Debitorenbestands zu verzeichnen. Die Erträge überstiegen das Budget um 2,3 Mio. Franken, was vor allem auf einen hohen einzelnen Sonderertrag von 2,2 Mio. Franken zurückzuführen ist.



1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Ausgaben	115,3	141,0	138,2	-2,8
Einnahmen	-29,7	-29,6	-27,6	2,0
Nettoinvestitionen	85,6	111,4	110,6	-0,8

Im Berichtsjahr konnten die zur Verfügung stehenden Mittel weitgehend investiert werden. Ins Gewicht fielen insbesondere der Neubau des Bürgerspitals Solothurn mit 35,1 Mio. Franken Nettoinvestitionen sowie der Neubau des Berufsbildungszentrums Solothurn (7,2 Mio. Franken) und die Sanierung der Kantonsschule Olten (7,8 Mio. Franken).

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Ausgaben	2,4	2,2	3,7	1,5
Einnahmen	-1,7	-2,0	-2,1	-0,1
Nettoinvestitionen	0,7	0,2	1,6	1,4

Die Abweichung zwischen Voranschlag und Rechnung bei den Ausgaben ist vorwiegend die Folge der Neugestaltung der Dauerausstellung Museum Altes Zeughaus (MAZ). Die Aufwendungen wurden in der Erfolgsrechnung budgetiert, mussten jedoch gemäss WoV-Rechtsgrundlagen in der Investitionsrechnung verbucht werden. Bei den Einnahmen ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Gegenüber der Rechnung 2015 lagen die Ausgaben 2016 um 1,3 Mio. Franken höher und sind ebenfalls vorwiegend die Folge der Neugestaltung der Dauerausstellung MAZ.

Die Mehreinnahmen von 0,4 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2015 sind auf mehr zurückbezahlte Darlehen zurückzuführen.



Finanzdepartement

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Ausgaben	5,5	7,5	7,4	-0,1
Einnahmen	-0,1	0	-0,1	-0,1
Nettoinvestitionen	5,4	7,5	7,3	-0,2

Die im Berichtsjahr höheren Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr sind auf einzelne Grossprojekte wie die Konzeptarbeiten und Systeminstallation von SAP-Redesign, die Schulverwaltungslösung KASCHUSO und die Einführung VoIP in der Verwaltung zurückzuführen.

Departement des Innern

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Ausgaben	2,3	4,3	3,4	-0,9
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	2,3	4,3	3,4	-0,9

Die Investitionsrechnung bleibt mit Nettoausgaben von 3,4 Mio. Franken um 0,9 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Der Ersatz der Aussenschliessanlage (0,7 Mio. Franken) wurde betriebsbedingt verschoben.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16	Diff. 16
Ausgaben	7,2	7,2	6,2	-1,0
Einnahmen	-2,6	-3,5	-2,7	0,8
Nettoinvestitionen	4,6	3,7	3,5	-0,2

Bei den Investitionen gab es grössere Differenzen beim Amt für Gemeinden. Im Jahr 2016 wurden weniger Investitionsbeiträge an die Gemeinden ausbezahlt (0,5 Mio. Franken). Es erfolgt eine Verschiebung auf die kommenden Jahre.



1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE15	VA16	RE16	Diff. RE/VA16	Diff. in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	692.0	729.5	708.1	-21.4	-2.9%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	7'310.0	7'923.8	7'483.9	-439.9	-5.6%
Drucksachen und Lehrmittel	2'381.3	2'546.1	2'136.7	-409.4	-16.1%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	4'099.5	4'401.1	4'218.5	-182.6	-4.1%
Raumplanung	2'840.9	3'008.5	2'905.9	-102.6	-3.4%
Hochbau	27'991.8	27'600.5	25'632.3	-1'968.2	-7.1%
Strassenbau	27'072.9	29'543.5	27'795.0	-1'748.5	-5.9%
Öffentlicher Verkehr	33'975.5	33'735.6	31'152.1	-2'583.6	-7.7%
Administrative und technische					
Verkehrssicherheit	-2'199.2	-2'386.7	-2'684.1	-297.4	12.5%
Umwelt	10'593.3	10'473.0	10'460.9	-12.1	-0.1%
Denkmalpflege und Archäologie	2'819.4	2'834.4	2'834.2	-0.2	0.0%
Jugendanwaltschaft	4'064.4	4'500.5	3'141.8	-1'358.6	-30.2%
Staatsanwaltschaft	4'399.0	5'034.5	4'695.6	-338.9	-6.7%
Führungsunterstützung DBK	9'860.3	10'642.6	9'327.5	-1'315.1	-12.4%
Volksschule	25'627.6	27'082.6	25'222.9	-1'859.7	-6.9%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	8'809.7	9'169.2	9'037.8	-131.3	-1.4%
Kultur und Sport	6'584.1	6'943.7	7'125.6	181.9	2.6%
Mittelschulbildung	39'180.7	41'907.1	39'012.1	-2'895.0	-6.9%
Fachhochschulbildung	36'132.2	37'814.0	37'110.3	-703.7	-1.9%
Berufsschulbildung	30'538.5	32'495.6	30'468.4	-2'027.2	-6.2%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'655.7	1'628.7	1'696.3	67.6	4.1%
Finanzen und Statistik	-334.2	264.5	-565.0	-829.4	-313.6%
Personalwesen	3'444.6	3'682.7	3'460.8	-221.9	-6.0%
Steuerwesen	14'762.9	14'976.3	13'900.5	-1'075.8	-7.2%
Informationstechnologie	14'078.9	15'543.7	14'630.9	-912.8	-5.9%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-11'635.2	-10'782.8	-11'206.3	-423.5	3.9%
Staatsaufsichtswesen	946.7	1'197.5	1'122.8	-74.7	-6.2%
Gesundheitsversorgung	51'006.5	46'168.0	46'198.9	31.0	0.1%
Soziale Sicherheit	12'215.5	12'100.0	12'224.8	124.8	1.0%
Migration	346.6	1'420.0	1'459.9	40.0	2.8%



Globalbudgetsaldo (in 1'000 Franken)	RE15	VA16	RE16	Diff. RE/VA16	Diff. in %
Justizvollzug	7'062.4	5'658.4	4'917.6	-740.8	-13.1%
Polizei	77'192.7	80'660.9	81'112.1	451.2	0.6%
Führungsunterstützung VWD	1'122.7	1'138.3	1'144.8	6.5	0.6%
Wirtschaft und Arbeit	2'080.3	2'722.8	2'221.7	-501.0	-18.4%
Energiefachstelle	423.9	1'412.8	644.2	-768.7	-54.4%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2'232.4	2'475.7	2'192.2	-283.5	-11.5%
Wald, Jagd und Fischerei	2'496.3	3'066.5	2'586.4	-480.1	-15.7%
Landwirtschaft	8'608.2	9'007.6	8'543.0	-464.6	-5.2%
Militär und Bevölkerungsschutz	6'121.7	5'261.2	5'078.3	-182.9	-3.5%
Gerichte	15'132.9	15'043.2	13'708.7	-1'334.5	-8.9%
Total Aufwandüberschuss	491'735.3	508'644.9	482'858.1	-25'786.8	-5.1%

1.6 Bruttoentnahmen aus Spezialfinanzierungen

Spezialfinanzierung (in 1'000 Franken)	RE15	VA16	RE16	Diff. RE/VA16	Diff. in %
Berufliche Vorsorge Mitglieder des RR ¹	1'206.4	1'206.4	0.0	-1'206.4	-100.0%
Natur- und Heimatschutz	5'024.0	5'290.7	4'679.0	-611.7	-11.6%
Strassenbaufonds	69'352.0	70'689.6	69'966.7	-722.9	-1.0%
Altlastenfonds	808.8	2'894.0	1'492.6	-1'401.4	-48.4%
Abwasserfonds	2'761.5	2'800.0	2'798.3	-1.7	-0.1%
Entsorgungsfonds	3.4	20.0	4.9	-15.1	-75.3%
Deponienachorgefonds	59.8	253.0	253.0	0.0	0.0%
Unfallkasse	30.7	60.1	30.7	-29.4	-48.9%
Krankentaggeldversicherung GAV	643.0	75.5	65.6	-9.9	-13.1%
Finanzausgleich der Einwohnergemeinden ²	29'753.7	63'604.8	59'930.7	-3'674.1	-5.8%
Finanzausgleich der Kirchgemeinden	11'827.7	11'451.0	12'893.1	1'442.1	12.6%
Forstfonds	747.8	680.0	644.6	-35.4	-5.2%
Jagd- und Fischereifonds	1'225.2	1'345.8	1'362.3	16.5	1.2%
Zufahrt zu Berghöfen	736.4	650.0	650.0	0.0	0.0%
Tierseuchenkasse	949.5	1'050.4	915.1	-135.3	-12.9%
Total Bruttoentnahmen	125'130.1	162'071.3	155'686.6	-6'384.7	-3.9%

1 In den Bruttokosten der Spezialfinanzierung «Berufliche Vorsorge Mitglieder des Regierungsrates» sind die einmaligen Kosten der Ausfinanzierung durch den Wechsel der Vorsorgeeinrichtung von der Ruhegehaltsordnung des Regierungsrates zur Pensionskasse Kanton Solothurn von 4,0 Mio. Franken (RG 0150/2015) nicht enthalten.

2 Erstmals kommt der neue Finanz- und Lastenausgleich (FLAG EG) zur Anwendung. Der Staatsbeitrag an den FLAG EG beläuft sich auf total 38,5 Mio. Franken (22,5 Mio. Franken ordentlicher Beitrag und Übertrag von 16,0 Mio. Franken vom DBKVSA-Budget aufgrund Senkung Beitragsprozentsatz Kanton (Schülerpauschalen) von 43,75% auf 38,0%).

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden, finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2016

Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz wuchs im 4. Quartal 2016 um 0,1%. Positive Impulse kamen vom privaten und staatlichen Konsum. Für das Jahr 2016 resultiert eine provisorische Wachstumsrate des realen BIP von 1,3%. Im Jahr 2015 war das BIP mit 0,8% noch wesentlich schwächer gewachsen. Das BIP-Wachstum 2016 spiegelt somit die moderate Erholung von der konjunkturellen Abkühlung nach dem Franken-Schock Anfang 2015. Diese Beschleunigung geht jedoch insbesondere auf die starke erste Jahreshälfte zurück. Im Kanton Solothurn stieg die Arbeitslosenquote im Dezember 2016 von 3,0% auf 3,2% (CH: 3,5%). Der Anstieg ist auf saisonale Effekte zurückzuführen. Für das Jahr 2016 waren im Jahresdurchschnitt 4'315 Arbeitslose registriert. Dies entspricht einer Quote von 3,0% (Vorjahr 2,6%; CH 2016: 3,3%). Damit stieg die Arbeitslosigkeit im Kanton 2016 gegenüber 2015 um 12,2%. Gegen Ende Jahr 2016 hat sich die Aufwärtstendenz der Inflationsraten etwas abgeschwächt, allerdings bewegt sich die Inflation 2016 auf einem deutlich höheren Niveau als noch im Jahr 2015. Grund dafür ist, dass der Einfluss der beiden Sondereffekte (Rückgang der Erdölpreise, Aufwertung des Frankens) im 2016 allmählich nachgelassen hat. Die durchschnittliche Jahresteuern in der Schweiz war im Jahr 2016 immer noch negativ (-0.4%).

Staatssteuer

Im Jahr 2016 wurde eine Staatssteuer von 104% für die natürlichen und die juristischen Personen erhoben.

Löhne

Für das Jahr 2016 waren gemäss Massnahmenplan 2014 keine Teuerungs- / Lohnmassnahmen vorgesehen. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Löhne bis ins Jahr 2017 nicht zu erhöhen, sofern die Teuerungsentwicklung einen Wert von 0,5% pro Jahr nicht überschreitet (RRB Nr. 2014/494 vom 11. März 2014; Massnahmenplan 2014: RR_M1: Befristeter Verzicht auf Lohnrunden bis 2017).



Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind in der Rechnung 2016 enthalten. Ebenfalls sind die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden entsprechend mitberücksichtigt (4,5% der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Per 31.12.2016 beträgt der Stand des Ausfinanzierungsdarlehens gegenüber der PKSO noch 377 Mio. Franken.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 8,6 Mio. Franken (Vorjahr: 9,5 Mio. Franken) sowie ausnahmsweise nur 50% des Ertrages aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 12,4 Mio. Franken (Vorjahr: 100% von 12,3 Mio. Franken) und die Globalbudgetbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,4 Mio. Franken (Vorjahr: 2,0 Mio. Franken) wurden der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2016 wurden folgende Rückstellungen vermindert oder erhöht:

- Rückstellung Planungsmehrwert Borregaard -8'498'226 Franken
- Rückstellung Dienststellen -100'000 Franken
- Bürgerschaftsverluste Wirtschaftsförderung +50'000 Franken

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2016 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2016 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003; WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

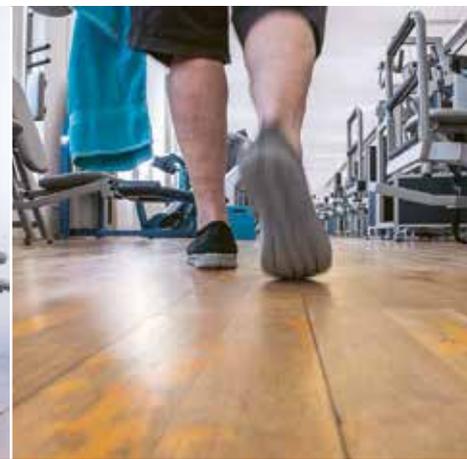
3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2016 enthält keine generelle Lohnerhöhung.

Departement	Voranschlag 2016	Rechnung 2016	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'747'000	2'696'664	-50'336	-1.8
Staatskanzlei	4'947'201	4'631'460	-315'740	-6.4
Bau und Justiz	51'917'932	51'962'572	44'640	0.1
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	79'283'876	76'770'814	-2'513'062	-3.2
– Verwaltungspersonal	32'377'341	33'039'993	662'652	2.1
Finanz	52'650'856	52'460'094	-190'763	-0.4
Inneres	93'807'420	93'665'010	-142'409	-0.2
Volkswirtschaft	32'985'550	32'801'053	-184'497	-0.6
Gerichte				
– Richter	4'971'591	4'784'957	-186'634	-3.8
– Verwaltungspersonal	10'270'758	10'143'863	-126'895	-1.2
Total Besoldungen	365'959'524	362'956'480	-3'003'044	-0.8

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abweichung von 3,0 Mio. Franken oder 0,8%, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

- In der Staatskanzlei ist die Abweichung von 6,4% insbesondere mit dem verzögerten Personalaufbau im Staatsarchiv und beim Datenschutz sowie einer geringeren Anzahl Rechtspraktikanten begründet.
- Die Besoldungen Lehrkräfte im Departement für Bildung und Kultur liegen um 2,5 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Bei den Mittelschulen sind sie die Folge der Klassenzusammenlegungen aus Umsetzung des Massnahmenpaketes 2014 (1,4 Mio. Franken). Im Berufsbildungszentrum (BBZ) Solothurn-Grenchen wurden weniger Klassen als geplant geführt, was zur Budgetunterschreitung von 0,8 Mio. Franken führte. Im BBZ Olten waren Rektoratspersonen unter Lehrkräften budgetiert. Sie wurden aber, wie in den übrigen Schulen, unter Verwaltungspersonal verbucht. Das führte zu einer entsprechenden Budgetunterschreitung «Lehrkräfte» und Budgetüberschreitung «Verwaltungspersonal».



Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2015 / Rechnung 2016

Departement	Rechnung 2015	Rechnung 2016	Differenz in Franken	Differenz in %
Behörden	2'701'482	2'696'664	-4'818	-0.2
Staatskanzlei	4'443'840	4'631'460	187'620	4.2
Bau und Justiz	51'087'729	51'962'572	874'843	1.7
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	76'748'924	76'770'814	21'890	0.0
– Verwaltungspersonal	32'971'452	33'039'993	68'541	0.2
Finanz	51'733'829	52'460'094	726'265	1.4
Inneres	90'927'248	93'665'010	2'737'762	3.0
Volkswirtschaft	32'520'080	32'801'053	280'973	0.9
Gerichte				
– Richter	4'840'858	4'784'957	-55'901	-1.2
– Verwaltungspersonal	10'116'281	10'143'863	27'582	0.3
Total Besoldungen	358'091'723	362'956'480	4'864'757	1.4

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um rund 4,9 Mio. Franken oder 1,4%. Die Zunahme ist auf verschiedene Positionen zurückzuführen.

- In der Staatskanzlei wurden im Laufe des Jahres 2016 insgesamt 200 Stellenprozente neu besetzt (Staatsarchiv, Datenschutz, Fachstelle Gever), diese werden erst ab 2017 voll kostenwirksam.
- Der grösste Teil der höheren Besoldungskosten im Bau- und Justizdepartement ist auf den höheren Personaleinsatz im Bereich der Staatsanwaltschaft und der Motorfahrzeugkontrolle zurückzuführen. Die gestiegene Geschäftslast, der im Jahr 2016 mit zusätzlichen Personalanstellungen begegnet werden musste sowie eine leichte Unterbesetzung im Jahr 2015 sind Gründe für den signifikanten Anstieg der Besoldungskosten in der Staatsanwaltschaft. Rückstände bei den zu prüfenden Motorfahrzeugen bildeten den Anlass für die Aufstockung des Personals bei der Motorfahrzeugkontrolle.
- Der Anstieg der Besoldungskosten im Finanzdepartement ist einerseits auf die temporäre Personalaufstockung im Steueramt und andererseits auf die Wiederbesetzung vakanter Stellen in verschiedenen Bereichen zurückzuführen.
- Im Departement des Innern ist die Erhöhung der Besoldungskosten hauptsächlich auf die Korpserhöhung bei der Polizei im Zusammenhang mit der Integration der Stadtpolizei Olten (2,6 Mio. Franken) zurückzuführen (siehe Kap. 3.1.1).



3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	31.12.15	31.12.16	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	4.2	4.2	0.0	0.0%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	28.1	30.2	2.1	7.5%
Drucksachen / Lehrmittel	7.0	7.0	0.0	0.0%
Total Behörden/Staatskanzlei	39.3	41.4	2.1	5.3%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	21.3	21.9	0.6	2.8%
Raumplanung	18.7	19.4	0.7	3.7%
Hochbau	61.6	59.7	-1.9	-3.1%
Strassenbau	116.9	118.6	1.7	1.5%
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	0.0	0.0%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	100.1	101.1	1.0	1.0%
Umwelt	53.8	53.3	-0.5	-0.9%
Denkmalpflege und Archäologie	14.6	14.3	-0.3	-2.1%
Jugendanwaltschaft	8.6	8.0	-0.6	-7.0%
Staatsanwaltschaft	60.6	65.3	4.7	7.8%
Total Bau- und Justizdepartement	459.2	464.6	5.4	1.2%
Führungsunterstützung DBK	13.0	12.4	-0.6	-4.6%
Volksschule	178.1	186.5	8.4	4.7%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	36.7	37.0	0.3	0.8%
Kultur und Sport	17.5	17.1	-0.4	-2.3%
Mittelschulbildung	288.6	293.8	5.2	1.8%
Berufsschulbildung	287.7	294.4	6.7	2.3%
Total Departement Bildung und Kultur	821.6	841.2	19.6	2.4%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.3	9.0	-1.3	-12.6%
Finanzen und Statistik	16.2	17.6	1.4	8.6%
Personalwesen	16.7	16.1	-0.6	-3.6%
Steuerwesen	192.7	192.3	-0.4	-0.2%
Informationstechnologie	49.1	48.3	-0.8	-1.6%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	181.9	180.2	-1.7	-0.9%
Staatsaufsichtswesen	6.6	6.6	0.0	0.0%
Total Finanzdepartement	473.5	470.1	-3.4	-0.7%



GB-Name	31.12.15	31.12.16	absolut	in %
Gesundheitsversorgung	34.4	39.6	5.2	15.1%
Soziale Sicherheit	96.3	96.1	-0.2	-0.2%
Migration	48.3	49.8	1.5	3.1%
Justizvollzug	168.1	166.5	-1.6	-1.0%
Polizei	509.3	530.4	21.1	4.1%
Total Departement des Innern	856.4	882.4	26.0	3.0%
Führungsunterstützung VWD	7.0	7.0	0.0	0.0%
Wirtschaft und Arbeit	142.0	149.5	7.5	5.3%
Energiefachstelle	5.3	3.9	-1.4	-26.4%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	29.8	31.1	1.3	4.4%
Wald, Jagd und Fischerei	14.1	14.1	0.0	0.0%
Landwirtschaft	65.1	68.0	2.9	4.5%
Militär und Bevölkerungsschutz	31.5	32.7	1.2	3.8%
Total Volkswirtschaftsdepartement	294.8	306.3	11.5	3.9%
Gerichte	112.0	112.1	0.1	0.1%
Total Gerichte	112.0	112.1	0.1	0.1%
TOTAL Globalbudgets	3'056.8	3'118.1	61.3	2.0%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 61,3 Pensen oder 2,0%.

- In der Staatskanzlei wurden auf Basis der vom Kantonsrat bewilligten Globalbudgetvorlage 2016 – 18 folgende Stellen neu besetzt: IT-Experte Datenschutz mit 100 Stellenprozenten sowie Fachstelle Gever und Mikروفilmstelle Staatsarchiv mit je 50 Stellenprozenten.
- Die erhöhte Geschäftslast bei der Staatsanwaltschaft bedingte insbesondere den Einsatz von ausserordentlichen Untersuchungsbeamten.
- Im Bereich Volksschule ist der Anstieg um 8,4 Pensen oder 4,7% auf mehr Schülerinnen und Schüler im Heilpädagogischen Schulzentrum zurückzuführen.
- Bei der Mittelschulbildung ist der Anstieg um 5,2 Pensen oder 1,8% die Folge des neuen Angebotes Passerelle sowie von zusätzlichen Klassen in der Fachmittelschule.
- In der Berufsschulbildung haben mehr Klassen Brückenangebote und Berufsmaturität, mehr Berufe sowie mehr Studierende an der Höheren Fachschule Gesundheit und Soziales zum Pensenanstieg um 6,7 Pensen oder 2,3% geführt.
- Per 1. Januar 2016 wurden die Bereiche Lotteriede- und Sportfonds sowie der Rechtsdienst des Amtes für soziale Sicherheit neu dem Departementssekretariat zugeteilt, während der Bereich Gesundheitsförderung vom Gesundheitsamt ins Amt für soziale Sicherheit wechselte (0,5 Stellen). In diesem Zusammenhang ist der Pensenbestand im Gesundheitsamt gegenüber dem Vorjahr um 5,2 auf 39,6 Pensen gestiegen.
- Die Polizei Kanton Solothurn hat per 1. Januar 2016 die Aufgaben (inkl. Personal) der Stadtpolizei Olten übernommen, was 25 Stellen ausmacht.
- Aufgrund der Wirtschaftslage ist es im Amt für Wirtschaft und Arbeit zu einem Aufbau in den vom Bund finanzierten Bereichen Arbeitsmarkt und Arbeitslosenkasse gekommen (7,5 Pensen).



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 74,2 Mio. Franken (Vorjahr 73,3 Mio. Franken). Das entspricht 20,4% der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,5%).

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Franken). Es handelt sich um Aufwendungen für die kantonalen Schulen, den Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Kantonsbeiträge für Solothurner Studierende an den universitären Hochschulen.

Jahr	Volksschule	Mittelschule	Berufsschule	Fachhochschule	Universität	Total
2012	194'516	46'493	47'279	32'673	30'272	351'233
2013	198'740	48'027	42'541	35'048	29'869	354'225
2014	199'140	50'572	43'730	38'135	32'245	363'822
2015	208'960	50'520	42'117	36'132	31'443	369'172
2016	189'656	50'423	42'028	37'111	30'986	348'204

Der Rückgang zwischen den Jahren 2016 und 2015 beträgt 20,9 Mio. Franken. Er ist vorwiegend die Folge des Inkrafttretens des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG) mit Einführung der Schülerpauschale. Die Beiträge an Gemeinden für Lehrerbesoldungen und Schulleitungen lagen im 2016 um 21,5 Mio. Franken tiefer.



3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2012	2013	2014	2015	2016
Fremdkapital ¹					
inkl. Spezialfinanzierungen FK	1'537,5	1'768,5	1'874,9	2'395,6	2'558,4
Spezialfinanzierungen (netto)	-	-	-	-	-
Total fremde Mittel	1'537,5	1'768,5	1'874,9	2'395,6	2'558,4
./. Finanzvermögen	1'081,3	1'151,1	1'105,8	985,7	1'110,3
Nettoverschuldung	456,2	617,4	769,1	1'409,9	1'448,1

¹ ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2016 total 87,5 Mio. Franken)

Die Zunahme der Nettoverschuldung im Jahr 2016 ist weitgehend auf die Kapitalaufnahme von 100 Mio. Franken und auf höhere kurzfristige Schulden zurückzuführen.



3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2012 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2012	2013	2014	2015	2016
Passivzinsen	15,1	13,8	17,4	38,1	26,8
Vermögenserträge ¹	13,2	12,0	14,0	9,5	8,1
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	1,9	1,8	3,4	28,6	18,7
Total Staatssteuern	750,2	759,0	788,9	828,1	860,5
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	0,3	0,2	0,4	3,4	2,2

¹ exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2016 wird ein Nettozinsaufwand von 18,7 Mio. Franken ausgewiesen (2015: 28,6 Mio. Franken). Der Nettozinsaufwand ist tiefer, da die höher verzinsliche Schuld gegenüber der PKSO (Ausfinanzierung) durch günstigere Anleihen abgelöst werden konnte. Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 2,2%, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 2,20 Franken für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2016, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2016 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken	2015	2016
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'404,6	1'429,8
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	96,1	128,7
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'500,7	1'558,5
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	70,8	69,1
Restbuchwert per 31. Dezember	1'429,8	1'489,4



Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10% bzw. 100% bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. In der Staatsrechnung 2016 wurden auf dem Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) Abschreibungen von insgesamt 69,1 Mio. Franken vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen (ordentlich)	47,1
Abschreibungen Spezialfinanzierungen	22,0
Total Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	69,1

Der Gesamtabreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'558,5
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	69,1
Gesamtabreibungssatz (in %) = $(69,1 \text{ Mio. Franken} \times 100) / 1'558,5 \text{ Mio. Franken}$	4,4%

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 25,2 Mio. Franken (Vorjahr: 22,5 Mio. Franken). Daran partizipieren neben der Strafverfolgung und Justizadministration (4,4 Mio. Franken), die Gerichte (2,3 Mio. Franken), die Polizei (0,8 Mio. Franken), die Motorfahrzeugkontrolle (0,4 Mio. Franken) sowie vor allem das Steueramt mit den folgend aufgeführten Verlusten von insgesamt 17,0 Mio. Franken:

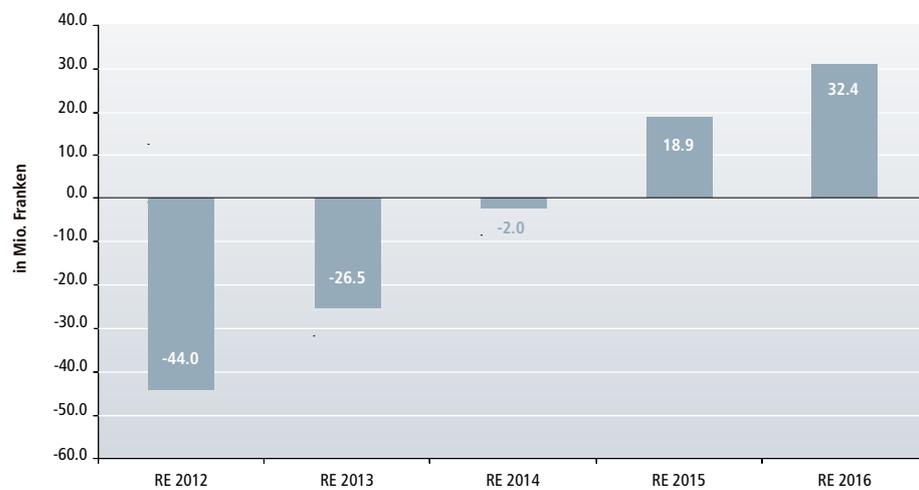
	Mio. Franken
Erlassene Staatssteuern Natürliche Personen	0,8
Uneinbringliche Staatssteuern Natürliche Personen	15,2
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristische Personen	0,4
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,6
Total	17,0

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 2,0% des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit leicht unter dem Vorjahr (2015: 2,1%).



3.5 Strassenbaufonds

- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital in Mio. Franken

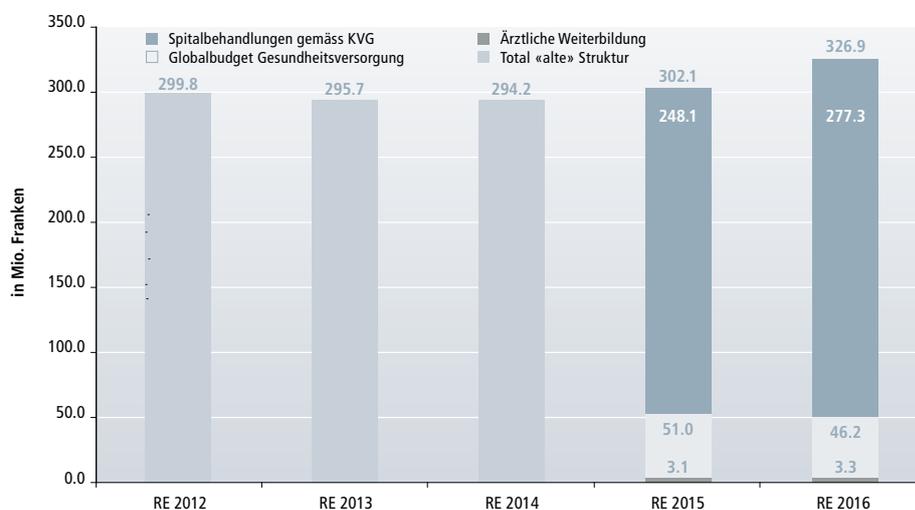


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung Strassenbaufonds gedeckt. Im Jahr 2016 konnten die vorgesehenen Bauarbeiten gemäss der Mehrjahresplanung 2016 – 2019 umgesetzt werden. Aufgrund der entsprechend abgerechneten Bauarbeiten nimmt das Vermögen der Spezialfinanzierung im Jahr 2016 um 13,5 Mio. Franken zu. Das Fondsvermögen von 18,9 Mio. Franken per 31. Dezember 2015 steigt auf 32,4 Mio. Franken per Ende Jahr 2016. Ohne die Gesamtverkehrsprojekte (GVP) weist der Strassenbaufonds per 31.12.2016 unterdessen ein Eigenkapital von 89,3 Mio. Franken aus. Hingegen beträgt der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten immer noch 56,9 Mio. Franken.



3.6 Gesundheitskosten

Gesundheitsversorgung in Mio. Franken



Der Bereich Gesundheitsversorgung umfasst die beiden Finanzgrössen Spitalbehandlungen gemäss KVG und Ärztliche Weiterbildung sowie das Globalbudget Gesundheitsversorgung.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Dies gilt für alle Spitäler, die auf der Spitalliste eines Kantons aufgeführt sind und ist zudem unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Spitäler handelt. Im Rahmen des Massnahmenplans 2013 genehmigte der Kantonsrat am 7. November 2012 die Massnahme Ddl_9, wonach auf die Erhöhung des Kantonsanteils 2014 und 2015 zu verzichten sei (KRB Nr. SGB 055/2012). Da gemäss KVG der Kantonsanteil ab 1. Januar 2017 in allen Kantonen mindestens 55% betragen muss und die jährliche Anpassung höchstens zwei Prozentpunkte umfassen darf, musste der Kantonsanteil für 2016 von 51% auf 53% erhöht werden (RRB Nr. 2012/2347 vom 27. November 2012).

Die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 2016 mit 277,3 Mio. Franken 29,3 Mio. Franken mehr als 2015, während der Nettoaufwand im Globalbudget Gesundheitsversorgung gesunken ist (4,8 Mio. Franken).

Bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG ist der Mehraufwand der Rechnung 2016 gegenüber dem Budget (29,8 Mio. Franken) auf folgende Gründe zurückzuführen: Basis des Voranschlages 2016 bildeten die Rechnungen 2012 (240,0 Mio. Franken), 2013 (234,6 Mio. Franken) und 2014 (236,5 Mio. Franken). Zum Rechnungsergebnis 2014 wurde die Erhöhung des Kantonsanteils von 51% auf 53% per 1. Januar 2016 (10 Mio. Franken) sowie ein Mengenwachstum (2,0 Mio. Franken) dazugeschlagen, was sich rückblickend als zu tief herausgestellt hat.



3.7 Soziale Sicherheit

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit betragen 2016 555,2 Mio. Franken (davon entfallen 16,4 Mio. Franken auf das Globalbudget Soziale Sicherheit). Diesen Aufwänden stehen Erträge von 294,9 Mio. Franken gegenüber (GB ASO: 1,4 Mio. Franken), woraus sich eine Nettobelastung von 260,3 Mio. Franken ergibt (GB ASO: 14,9 Mio. Franken). In diesen Aufwänden sind enthalten:

- Soziale Notlagen und Sanktionen
In der Asylrechnung steht dem Aufwand (inkl. Verrechnungen und Rückstellungen) von 59,4 Mio. Franken ein Ertrag von 59,4 Mio. Franken gegenüber.
- Sozialintegration und Prävention
Der Nettoaufwand für Sozialintegration und Prävention (Alkohol-/Tabak-/Spielsucht-/Gewaltprävention) beträgt 0,5 Mio. Franken (Voranschlag 2016: 0,5 Mio. Franken; Rechnung 2015: 0,5 Mio. Franken).
- Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen
Der Nettoaufwand 2016 für Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen beträgt 244,9 Mio. Franken und enthält folgende Positionen:

Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen

In Mio. Franken	RE15	VA16	RE16
– Ergänzungsleistungen AHV / IV / Familien	109,8	107,0	117,8
– Individuelle Prämienverbilligung nach KVG (IPV)	60,5	63,4	67,7
– Behinderung inner- und ausserkantonale	30,3	28,5	31,2
– Pflegekostenbeitrag	16,0	14,5	15,8
– Verwaltungskosten EL / IPV	5,3	5,4	5,6
– Opferhilfe	2,2	1,6	1,9
– Diverses	4,8	4,1	4,9
Total	228,9	224,5	244,9



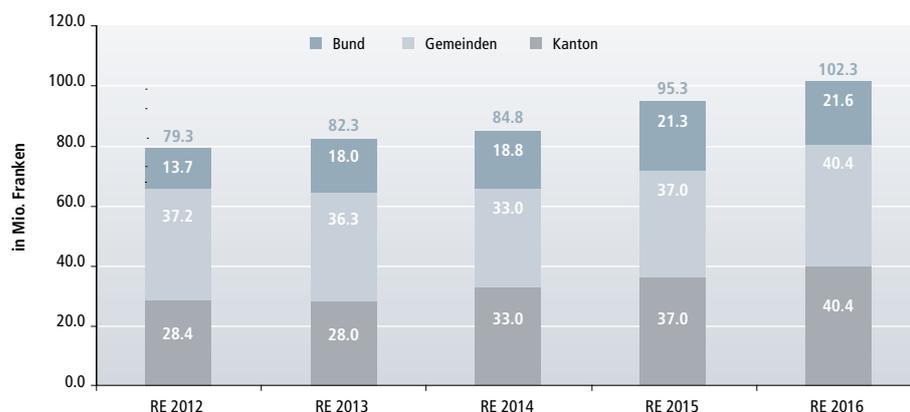
Ergänzungsleistungen zur IV in Mio. Franken



Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV bei einem Aufwand von 133,0 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen vom Bund (27,6 Mio. Franken) und von den Einwohnergemeinden (33,7 Mio. Franken) Kosten von 71,7 Mio. Franken (Voranschlag 2016: 66,5 Mio. Franken; Rechnung 2015: 67,2 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten belaufen sich netto auf 1,2 Mio. Franken.

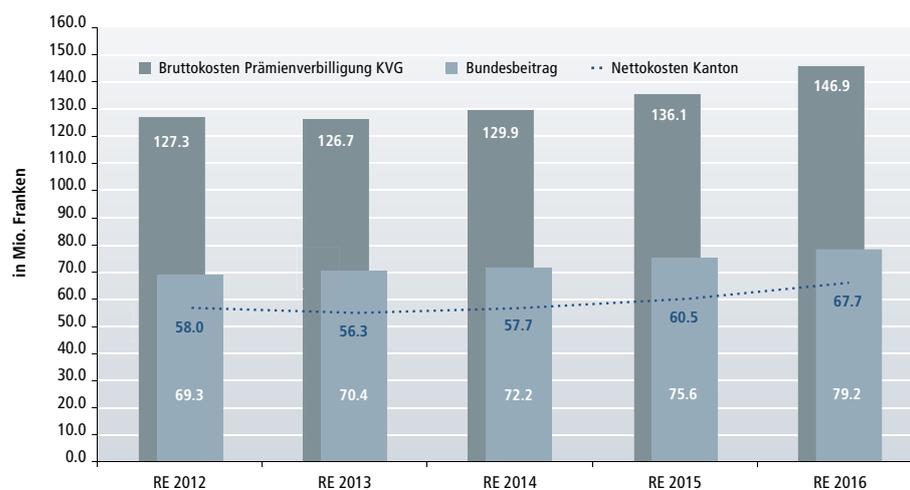


Ergänzungsleistungen AHV in Mio. Franken



Für den Kanton bleibt im Bereich der Ergänzungsleistungen zur AHV bei einem Aufwand von 102,3 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen vom Bund (21,6 Mio. Franken) und von den Einwohnergemeinden (40,4 Mio. Franken) der Saldo von 40,4 Mio. Franken zu tragen (Voranschlag 2016: 35,0 Mio. Franken; Rechnung 2015: 37,0 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten für die EL AHV belaufen sich netto auf 2,0 Mio. Franken

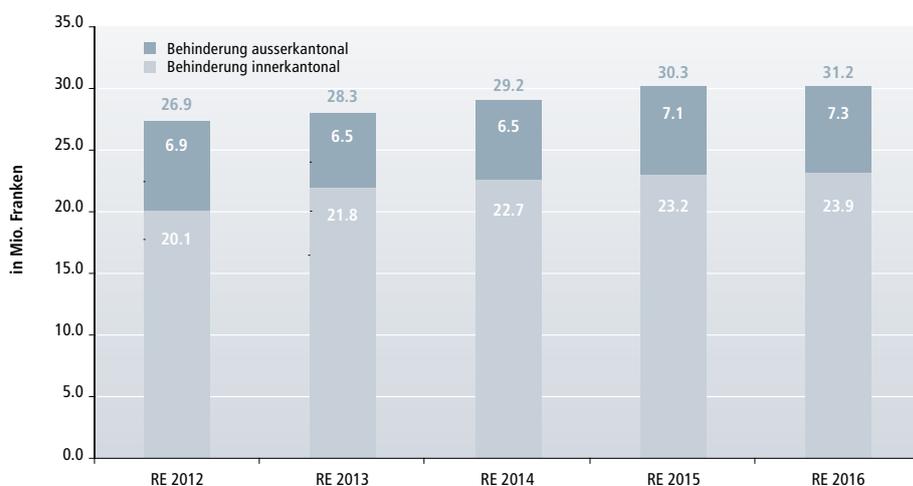
Prämienverbilligungen nach KVG in Mio. Franken



Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG werden 146,9 Mio. Franken (Vorjahr: 136,1 Mio. Franken) aufgewendet. Der Bundesbeitrag beträgt 79,2 Mio. Franken (Vorjahr: 75,6 Mio. Franken). Aus dem Ausgleichskonto Individuelle Prämienverbilligung (IPV) werden 9,3 Mio. Franken entnommen. Für den Kanton resultiert eine Nettobelastung von 67,7 Mio. Franken (Vorjahr: 60,5 Mio. Franken). Die Verwaltungskosten IPV betragen 1,8 Mio. Franken.

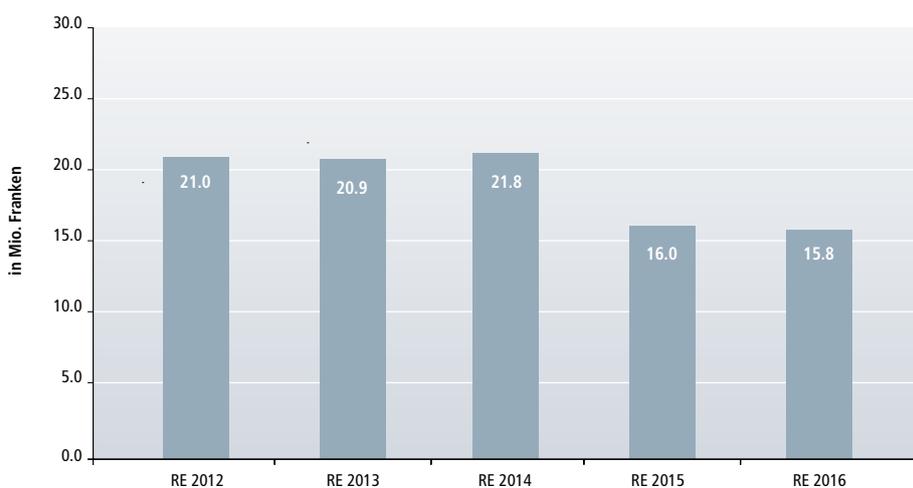


Behinderungen in Mio. Franken



Für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten wurden im Geschäftsjahr 2016 31,2 Mio. Franken aufgewendet (Voranschlag 2016: 28,5 Mio. Franken; Rechnung 2015: 30,3 Mio. Franken).

Pflegekosten in Mio. Franken

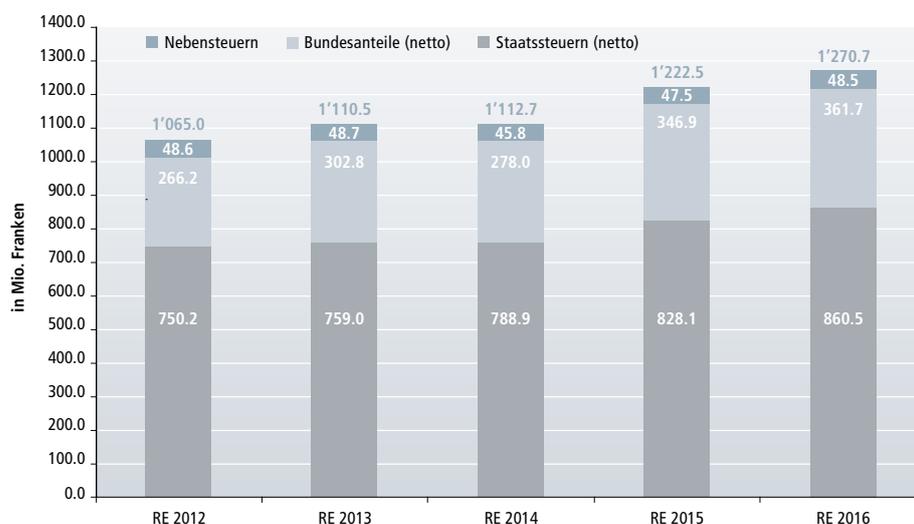


Der Pflegekostenbeitrag beläuft sich auf 15,8 Mio. Franken (Voranschlag 2016: 14,5 Mio. Franken; Rechnung 2015: 16,0 Mio. Franken). Die Kosten bleiben aufgrund der Umsetzung der Massnahme «Pflegefinanzierung an Leistungsniveau in Vergleichskantonen anpassen» auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr (MP 2014, Massnahme R05).

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Franken



Mit 1'270,7 Mio. Franken schliessen die Erträge um 82,5 Mio. Franken bzw. 6,9% über dem Budget ab. Gegenüber dem Voranschlag 2016 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatssteuern (50,9 Mio. Franken), bei den Bundesanteilen (22,4 Mio. Franken) sowie bei den Nebensteuern (9,2 Mio. Franken).

Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 48,2 Mio. Franken bzw. 3,9% zugenommen. Mehrerträge bei den Staatssteuern von 32,4 Mio. Franken und höhere Bundesanteile (14,8 Mio. Franken) gegenüber der Rechnung 2015 führten zu diesem Resultat.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 361,7 Mio. Franken vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 339,3 Mio. Franken per Saldo um 22,4 Mio. Franken überschritten. Allein die nicht budgetierte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank SNB führte zu einer Verbesserung von 21,4 Mio. Franken. Zusätzlich fielen die Erträge bei der Direkten Bundessteuer (0,8 Mio. Franken) und bei der Verrechnungssteuer (0,2 Mio. Franken) leicht höher aus als geplant.

Die Zunahme der Bundesanteile um 14,8 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2015 resultiert aus den folgenden Mehr- und Mindererträgen: Einerseits ein höherer NFA-Ressourcenausgleichsbetrag (29,3 Mio. Franken), die einmalige Zuweisung von 50% des Ertrages der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSWA (6,2 Mio. Franken) sowie der Mehrertrag bei der Direkten Bundessteuer (3,9 Mio. Franken). Andererseits die Mindererträge bei der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (21,5 Mio. Franken) und der Verrechnungssteuer (3,0 Mio. Franken).



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	2012	2013	2014	2015	2016
– Ertrag Nationalbank	21,4	21,6	-	42,9	21,4
– Direkte Bundessteuer	54,1	55,7	51,7	55,4	59,3
– Verrechnungssteuer	13,8	17,2	17,5	20,7	17,7
– NFA-Ressourcenausgleich	180,3	211,8	212,1	229,5	258,8
– NFA-sozio-demo. Ausgleich	-	-	-	1,9	1,8
– NFA-Härteausgleich	-4,1	-4,0	-4,0	-4,0	-3,8
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,4	0,5	0,4	0,3	0,1
– Rückerstattung CO ₂ -Abgabe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
– LSVA ¹	-	-	-	-	6,2
Total	266,2	302,8	278,0	346,9	361,7

¹ entspricht nur dem Anteil an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welcher nicht dem Strassenbaufonds zugewiesen wird (Kontengruppe 6416).

Als Folge des Entscheides der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zur Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar 2015 konnte zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Jahr 2016 wie bereits für das Jahr 2015 mit keiner Gewinnausschüttung der SNB gerechnet werden. Da der Jahresverlust 2015 (23,3 Mrd. Franken) und die Rückstellungszuweisung gesamthaft mit 24,6 Mrd. Franken geringer als die Ausschüttungsreserve von 27,5 Mrd. Franken ausfielen, konnte die SNB trotzdem eine ordentliche Ausschüttung von 1 Mrd. Franken an den Bund und die Kantone vornehmen.

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

Staatssteuer (in Mio. Franken)	VA16	RE16	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	670,7	704,0	+33,3	+5,0
– Staatssteuer jur. Personen ¹	120,0	135,0	+15,0	+12,5
– Finanzausgleichssteuer	11,5	13,0	+1,5	+13,0
– Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,1	-0,4	-80,0
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	6,9	8,4	+1,5	+21,7
Total	809,6	860,5	+50,9	+6,3

¹ inkl. Erträge aus Vorjahren

² inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2016 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt 50,9 Mio. Franken oder 6,3% über dem Voranschlag 2016.



Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2012 – 2016:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	2012	2013	2014	2015	2016
– Staatssteuer nat. Personen ^{1/2}	613,0	622,0	647,6	677,3	704,0
– Staatssteuer jur. Personen ¹	116,7	117,7	122,2	128,6	135,0
– Finanzausgleichssteuer	11,3	11,4	11,8	12,8	13,0
– Bussen (Strafsteuer)	0,3	0,7	0,6	0,6	0,1
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	8,9	7,2	6,7	8,8	8,4
Total	750,2	759,0	788,9	828,1	860,5

¹ inkl. Erträge aus Vorjahren

² inkl. die separat ausgewiesenen Grenzgängerbesteuerung, Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden); Steuersatz: 2012–2013 = 100%, 2014 = 102%, 2015–2016 = 104%.

Im Vergleich zum Vorjahr ist beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme um 33,1 Mio. Franken oder 4,1% festzustellen. Sowohl die Steuererträge der natürlichen wie auch der juristischen Personen konnten gegenüber dem Vorjahr zulegen. Bei den natürlichen Personen war das quantitative und qualitative Wachstum verantwortlich für die Steigerung des Steuerertrags. Für die juristischen Personen kann 2016 als ausserordentlich gutes Jahr gelten, die im Kanton Solothurn ansässigen Firmen haben die Frankenstärke gut bewältigt. Zum Resultat haben auch Einmalereignisse beigetragen.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2016 rund 296,4 Mio. Franken. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 33,9 Mio. Franken aus den Jahren 1996–2014, 103,9 Mio. Franken aus dem Jahr 2015 sowie 158,6 Mio. Franken aus dem Jahr 2016. Der Gesamtausstand per 31.12.2016 liegt somit rund 10,8 Mio. Franken oder 3,8% über dem Vorjahreswert. Der Steuerausstand ist eine stichtagsbezogene Grösse. Die Steuererträge lagen in 2016 knapp 3,9% über denen des Vorjahres.

Steuerausstand	31.12.2011	263'973'193 Franken
Steuerausstand	31.12.2012	273'957'999 Franken
Steuerausstand	31.12.2013	268'909'664 Franken
Steuerausstand	31.12.2014	271'849'423 Franken
Steuerausstand	31.12.2015	285'589'877 Franken
Steuerausstand	31.12.2016	296'375'518 Franken
Veränderung Steuerausstand per Ende 2016		+10'785'641 Franken



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2016 liegt um 9,2 Mio. Franken über dem Budget. Bei allen Steuerarten konnten deutliche Mehrerträge verzeichnet werden.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA16	RE16	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	20,0	24,8	+4,8	+24,2
– Erbschaftssteuer	13,0	15,7	+2,7	+20,5
– Nachlasssteuer	5,5	6,9	+1,4	+26,3
– Schenkungssteuer	0,8	1,1	+0,3	+36,5
Total	39,3	48,5	+9,2	+23,4

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2012 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Franken	2012	2013	2014	2015	2016
– Handänderungssteuer	30,1	26,4	21,2	25,3	24,8
– Erbschaftssteuer	12,7	14,7	16,1	15,1	15,7
– Nachlasssteuer	5,0	5,7	5,4	6,4	6,9
– Schenkungssteuer	0,8	1,9	3,1	0,7	1,1
Total	48,6	48,7	45,8	47,5	48,5

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 48,5 Mio. Franken um 1,0 Mio. Franken über dem Vorjahresniveau.

Die Schwankungen gegenüber dem Vorjahr sind minim, die demographische Entwicklung ist konstant und zeigt sich bei der Erbschaftssteuer und der Nachlasssteuer.





Bericht der Revisionsstelle **IV**

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 08
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

An den Regierungsrat und den Kantonsrat des Kantons Solothurn

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2016

Als Finanzkontrolle haben wir die Jahresrechnung des Kantons Solothurn bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.



2/2

 **KANTON** *solothurn*

Prüfungsurteil

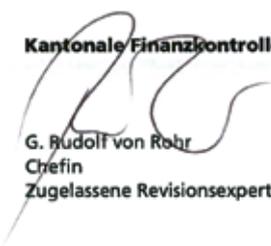
Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Wir empfehlen dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Solothurn, 16. März 2017

